



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 14
Dienstag, 28. Oktober 2008
17:07 - 19:45 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 11.11.08

Vorsitz:	Thomas Hauser	FDP
Protokoll:	Gabriele Behring-Hirt	
Stimmzähler:	Paul Dill Wilhelm Hefti	SVP SP
Anwesend:	Von total 50 Mitgliedern: Ratspräsident und 44 Mitglieder	
Entschuldigt: Ganze Sitzung:	SR Thomas Feurer Christian Bächtold Nicole Herren Christoph Lenz Hanna Meister Rainer Schmidig	Sozial- /Kulturreferent FDP FDP AL SP EVP
Anfang der Sitzung:	Martin Roost Edgar Zehnder	OeBS, parteilos SVP
Schluss der Sitzung:	Theresia Derksen Christoph Schlatter	CVP SP

BEHANDELTE TRAKTANDEN

1	Postulat Urs Tanner (SP): Erlebniswelt Schulweg - auf eigenen Füessen statt mit dem Elterntaxi zur Schule und in den Kindergarten	Seite 426
2	Motion Christoph Schlatter (SP): Solidaritätsrapen zugunsten von Trinkwasserprojekten in Entwicklungsländern	Seite 436
3	Postulat Florian Hotz (jfish): Gegen	Seite 445

Politikverdrossenheit - Bürgernaher Grosser Stadtrat

4	Postulat Walter Hotz (FDP): Controlling-Prozesse betreffend periodischer Überprüfung von Gesetzen, Vorschriften, Regelungen, Gebühren und der Bürokratie	Seite 452
----------	---	------------------

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

11.04.07	SPK Parlamentsreform – Überwiesene Motion Peter Neukomm (SP): Aufwertung der Parlamentsarbeit	SPK
18.09.07	VdSR Gestaltung Freier Platz (<i>Rückweisung in die SPK 04.03.08, gemäss SPK Präsident vom 20.05.08: Abwarten Schlussbericht Rheinufergestaltungprozess</i>)	SPK
14.01.08	VdSR Schulraumplanung 2008-2017	SPK
12./18.03.08	VdSR Gesamtstädtische Einführung geleiteter Schulen – Strukturreform Stadtschulrat	SPK
01.04.08	VdSR Bericht über die hängigen Motionen	GPK
10.06.08	Bericht und Antrag Motion Erwin Sutter (EDU): „Finanzielle Hochrechnungen“	GPK
01.07.08	Postulat Edgar Zehnder (SVP): Aufwertung Verkehrsgarten	
01.07.08	VdSR Weiterentwicklung der Altersbetreuung in der Stadt Schaffhausen	SPK
29.07.08	VdSR Verkauf und Abgabe im Baurecht von Teilflächen der städtischen Grundstücke GB Nr. 167, 796, 2800, 2801, 3453 und 4270 an der „Bachstrasse“ und „Munothalde“	SPK
27.08.08	Dringliche Interpellation von Dr. Raphaël Rohner (FDP): Bauland für gehobene Ansprüche – verpasste Chance?	
06.09.08	Postulat Peter Neukomm (SP): Sozial- und ökologisch nachhaltiges Beschaffungswesen	
16.09.08	VdSR Erhalt und Ausbau des Trolleybusnetzes	SPK
16.09.08	Motion Marianne Schwyn (SP): Betreffend Mobilitätsberatung für Unternehmen und Private	
16.09.08	Budet 2009 der Einwohnergemeinde Schaffhausen	
18.09.08	Postulat Simon Stocker (AL): Kulturpolitik mit Konzept	
23.09.08	VdSR Tempo-30-Zone im Quartier Gugerhalde/Trenschen	GPK
17.10.08	Motion Roland Schöttle (parteilos): Rollen statt Rütteln	
21.10.08	VdSR Städtische Werke Schaffhausen (StWS), Verordnung über die Abgabe von Wasser 2009 (VW 09), Rahmentarifordnung Wasser 2009 (RTOW 09)	SPK
21.10.08	VdSR Verordnung über die Siedlungsentwässerung (VOS), Verordnung über die Gebühren für Siedlungsentwässerungsanlagen (VOGS) sowie Tarifordnung für die Siedlungsentwässerung	SPK
21.10.08	VdSR Parkleitsystem	SPK

2008 Kleine Anfragen:

12	Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)	Teilnahme der Stadt Schaffhausen am Projekt des Bundesamtes für Sport	01.07.08
----	---------------------------------	---	----------

14	Josef Eugster (SVP)	„schweiz.bewegt“ Zivilschutzanlage „Gega“: Belegung, Betriebs- und Sanierungskosten	26.08.08
15	Josef Eugster (SVP)	Entschädigung der Parlamentsmitglieder Grosser Stadtrat	26.08.08
16	Dr. Raphaël Rohner (FDP)	Vergabep Praxis der Stadt bei öffentlichen Bauprojekte	21.10.08

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 Postulat Urs Tanner (SP): Erlebniswelt Schulweg – auf eigenen Füßen statt mit dem Elterntaxi zur Schule und in den Kindergarten

Das Postulat wird von Urs Tanner (SP) begründet, von SR Urs Hunziker beantwortet und im Rat diskutiert.

Der Grosse Stadtrat erklärt in der Schlussabstimmung das im Wortlaut wie folgt angepasste Postulat mit **22 : 21 Stimmen** erheblich:

Der SR ist zu beauftragen, dem Parlament über die Prüfung geeigneter Massnahmen zu berichten, die verhindern, dass Kinder mit dem Auto in die Schule und in den Kindergarten gefahren werden.

Traktandum 2 Motion Christoph Schlatter (SP): Solidaritätsrapen zugunsten von Trinkwasserprojekten in Entwicklungsländern

Das Postulat wird von Christoph Schlatter (SP) begründet, von Stadtpräsident Marcel Wenger beantwortet und im Rat diskutiert.

Der Grosse Stadtrat erklärt in der Schlussabstimmung das Postulat mit **23 : 18 Stimmen** nicht erheblich.

Traktandum 3 Postulat Florian Hotz (jfsh): Gegen Politikverdrossenheit – Bürgernaher Grosse Stadtrat

Das Postulat wird von Florian Hotz (jfsh) begründet, von Stadtpräsident Marcel Wenger beantwortet und im Rat diskutiert.

Der Grosse Stadtrat erklärt in der Schlussabstimmung das Postulat mit dem Stichentscheid des Ratspräsidenten Thomas Hauser (FDP) mit **21 : 20 Stimmen** erheblich.

**Traktandum 4 Postulat Walter Hotz (FDP):
Controlling-Prozesse betreffend periodischer Überprüfung
von Gesetzen, Vorschriften, Regelungen, Gebühren und der
Bürokratie**

Das Postulat wird von Walter Hotz (FDP) begründet, von Stadtpräsident Marcel Wenger beantwortet und im Rat diskutiert.

Der Grosse Stadtrat erklärt in der Schlussabstimmung das Postulat mit **20 : 19 Stimmen** erheblich.

BEGRÜSSUNG

Der **Ratspräsident, Thomas Hauser (FDP)**, eröffnet die Ratssitzung Nr. 14 mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, der Frau Stadträtin, des Herrn Stadtpräsidenten, der Herren Stadträte, der Medienberichterstatter sowie der Gäste auf der Tribüne.

Der Ratspräsident hält fest, dass mit der Sitzung Nr. 14 das letzte Quartal der "aufrechten Fünzig" beginne. Thomas Hauser (FDP) bedankt sich bei der Forstverwaltung (Walter Vogelsanger) und der Stadtkanzlei (Markus Brütsch, Hanspeter Pletscher) für die Organisation und Durchführung des Henkermöhli 2008, ein in allen Belangen gelungener und grossartiger Anlass.

Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Antwort auf Kleine Anfrage Nr. 13/2008 von Peter Neukomm (SP): Neues Gesetz zur Pflegefinanzierung - Auswirkungen auf die Stadt Schaffhausen vom 23.09.08
- Einladung der MKS Musikschule Schaffhausen zu Open Night opus 10 vom 08.11.08, 17.00 Uhr
- Änderungsanträge der GPK vom 26.09.08 zu VdSR Bericht hängige Motionen
- VdSR Tempo-30-Zone im Quartier Gugerhalde/Trenschen vom 23.09.08. Das Büro schlägt eine Vorberatung in der GPK vor. *Kein Gegenvorschlag, so beschlossen.*
- Postulat Simon Stocker (AL): Kulturpolitik mit Konzept (bereits auf Traktandenliste) vom 18.09.08
- Motion von Roland Schöttle (parteilos): Rollen statt Rütteln vom 17.10.08
- Kleine Anfrage Nr. 16/2008, Dr. Raphaël Rohner (FDP): Vergabep Praxis der Stadt bei öffentlichen Bauprojekten vom 21.10.08
- VdSR Parkleitsystem vom 21.10.08
- VdSR Städtische Werke Schaffhausen (StWS), Verordnung über die Abgabe von Wasser 2009 (VW 09), Rahmentarifordnung Wasser 2009 (RTOW 09) vom 21.10.08
- VdSR Verordnung über die Siedlungsentwässerung (VOS), Verordnung über die Gebühren für Siedlungsentwässerungsanlagen (VOGS) sowie Tarifordnung für die Siedlungsentwässerung vom 21.10.08. Das Büro wird über die Zuteilung zur Vorberatung dieser drei Vorlagen an seiner nächsten Sitzung entscheiden.

- Einladung zu einem Apéro verschiedener Aussteller an der Herbstmesse am Mittwoch, 29.10.08, ab 19.30 Uhr, in der Halle 1, Stand 125. Ein Gratis-Eintrittsbillet für die Herbstmesse liegt auf den Pulten auf und wurde von den Städtischen Werken offeriert.

Zuweisung in Spezialkommission VdSR Erhalt und Ausbau des Trolleybusnetzes vom 16.09.08:

Das Büro schlägt zur Vorberatung eine 13er SPK vor, einladende Fraktion: SP/AL.
Kein Gegenantrag, so beschlossen.

Änderung in SPK VdSR Abgabe und Verkauf im Baurecht von Teilflächen der städtischen Grundstücke an der "Bachstrasse" und "Munothalde":

Hanna Meister (SP) ersetzt Urs Tanner (SP).

Verhandlungsbereit gemeldete Geschäfte:

- Der Präsident der SPK, Ernst Spengler (SVP), meldet die VdSR Weiterentwicklung der Altersbetreuung in der Stadt Schaffhausen verhandlungsbereit. Dieses Geschäft wird auf der Traktandenliste der Ratssitzung vom 09.12.08 nach der Debatte der Parlamentsreform aufgeführt.
- Der Präsident der GPK, Alfred Zollinger (SVP), meldet die VdSR Bericht über die hängigen Motionen ebenfalls verhandlungsbereit. Auch dieses Geschäft wird auf der Traktandenliste der Ratssitzung vom 11.11.08 figurieren.

Information zu den nächsten Ratssitzungen:

Die Ratssitzungen vom Dienstag, 25.11.08 (Voranschlag 2009) und vom Dienstag, 09.12.08 (Parlamentsreform) werden als Doppelsitzungen durchgeführt, mit Beginn um 16.00 Uhr und einer einstündigen Pause um 18.00 Uhr und Wiederaufnahme der Beratungen um 19.00 Uhr.

PROTOKOLL

Das Protokoll Nr. 13 vom 16.09.08 wurde vom Büro geprüft und genehmigt und liegt wie üblich bei der Ratssekretärin auf dem Kanzleisch zur Einsichtnahme auf. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

Traktandum 1 **Postulat Urs Tanner (SP): Erlebniswelt Schulweg - auf eigenen Füßen statt mit dem Elterntaxi zur Schule und in den Kindergarten**

Urs Tanner (SP)

Begründung

"Ich gebe zu, dass es mir peinlich ist, die Nummer eins zu sein. Normalerweise ist es mir nicht wirklich peinlich; aber ich merke, dass man in Zeiten von wirtschaftlichen Extremen eigentlich über Existenzielleres und Wichtigeres reden möchte. Wie Sie aber auch wissen, ist das Schicksal der Lokalpolitik ein anderes, und dazu gehört

Profanes, allerdings auch Wichtiges. Die heutige Traktandenliste ist das Spiegelbild davon. Die Weltpolitik muss sich selbst retten, Schaffhausen kann nur ein bisschen dazu beitragen.

Es gibt für Liebhaber von guten Kindergeschichten die Bullerbü-Geschichten von Astrid Lindgren. Wer diese Geschichten kennt, der weiss, was für Schulwege mir als kindergerecht vorschweben, ein gemeinsamer Weg, ein abenteuerlicher Weg, ein kindsgerechter Weg; aber auch ein Weg, der beim bösen Schuster vorbeiführt, ein Weg eben, der kompetent ins wahre Leben führt.

Natürlich ist die Welt von heute nicht mehr die des ländlichen Schwedens vor hundert Jahren, und sie war vielleicht auch gar nicht so idyllisch wie in den Geschichten von Astrid Lindgren dargestellt; aber der Schulweg war es jedenfalls.

Damit Sie mich richtig verstehen, ich glaube auch nicht, dass der Notstand vor unseren Schulhäusern ausgebrochen ist; dafür leben zu viele vernünftige Menschen in Schaffhausen - so hoffe ich jedenfalls. Aber ideal ist der Zustand nicht, und deshalb dieses Postulat.

In diesem Postulat geht es um die Kinder und ihre Eltern. Obwohl dies nicht der Auftrag dieses Postulates entspricht, darf auch das mobile oder unmobile Verhalten der Lehrerschaft angesprochen werden. Es gibt auch in Schaffhausen zu viele Pausenplätze, die durch Lehrer- und Lehrerinnenparkplätze eingeschränkt sind.

Wir wissen aus den Statistiken von Mikrozensus, dass Elterntaxis im Trend liegen. Heute scheint es wohl so zu sein, dass jedes zehnte Kind chauffiert wird, in zentrumsnahen Gebieten sogar bis zu einem Drittel, und dies notabene bei einem durchschnittlichen Schulweg von gerade 10 Minuten. In Schaffhausen kommen wir allerdings nicht auf diesen Drittel.

Dies ist eine bedenkliche Entwicklung. Für die Kinder des Kindergartens und der Schule bleiben die Chancen zur Bildung sozialer Kompetenzen und ein Stück Lebensweg buchstäblich auf der Strecke. Oft sind die Eltern gutgläubig und sich nicht bewusst, dass das Taxifahren nicht die Sicherheit vor dem Schulhaus und den Kindergärten erhöht. Man will das Kind vor Gefahren schützen, verstärkt diese aber mit den eigenen Taxifahrten sogar noch. Dass sich Taxikinder weniger bewegen, ist wohl eine Binsenwahrheit, und dass heute jedes fünfte Kind übergewichtig ist, ebenfalls.

Kleiner Aufwand - grosser Ertrag: Der kleine Aufwand, den Schul oder Kindergartenweg mit den Kindern einzuüben, zahlt sich also mehrfach aus. Dies wissen Sie aus eigener Erfahrung; Ihre Generation wurde wohl kaum von Mami oder Papi in die Schule chauffiert.

Ein Schweizer Automobilclub startet deshalb die Kampagne "Zu Fuss zur Schule - ein sicheres Erlebnis". Diese Kampagne soll aufklären, welche positiven Auswirkungen das zu Fuss gehen hat: Kinder, die sich selbständig im Verkehr bewegen, gewinnen an Sicherheit. Wo, wenn nicht auf dem Weg zum Kindergarten und zur Schule, sollen Kinder lernen, sich Verkehrskompetenz anzueignen?

Binsenwahrheit Nummer zwei: Bewegung ist gesund und macht die Kinder leistungsfähiger. Diese Kinder können sich besser konzentrieren, die körperliche und motorische Entwicklung wird gefördert. Sie erinnern sich selber: Schulwege dienen

dazu Freundschaften zu bilden und Kinderfehden auszutragen; der Weg bringt die Kinder eben weiter als nur zur Schule. Ich erinnere mich an viel "Action" – nicht immer positive - auf meinem Schulweg vom Fäsenstaub über die Hexentreppe ins Steig Schulhaus.

Welches sind die Forderungen des Postulats?

Der Stadtrat ist zu beauftragen, dem Stadtparlament über die Prüfung geeigneter Massnahmen Bericht zu erstatten, wie zum Beispiel Halteverbote oder bauliche Massnahmen, die verhindern, dass Kinder mit dem Auto in die Schule und in den Kindergarten gefahren werden.

Im Vorfeld dieser notwendigen Diskussion ist der Vorwurf aufgetaucht, die Linke - der Tanner - wolle wieder eine neue Verordnung einführen. Da kann ich nur fragen, wo sehen Sie hier eine geforderte Verordnung? Ich glaube, dies hat sich mittlerweile im bilateralen Weg teilweise geklärt. Es geht nicht um Gesetze und nicht um die Verletzung der persönlichen Freiheit, sondern um intelligente Massnahmen, deren Aufzählung keinen abschliessenden Anspruch erhebt. Wenn dieser Punkt zu Diskussionen führen würde, weil er zu eng gefasst ist, sind wir gerne bereit, den Postulatstext - sofern keine zu grosse Verwässerung stattfindet - zu überdenken.

Ich denke, dass geeignete Massnahmen geprüft werden sollten, wobei Halteverbote und bauliche Massnahmen einen kleinen Teil davon sein könnten - dies ist Inhalt der stadträtlichen Vorlage an das Parlament.

Es gibt aber noch ganz andere Ansätze:

Einer ist der Pedibus: Der Pedibus - "Autobus auf Füssen" - funktioniert wie ein Schulbus. Er steuert nach festem Fahrplan bestimmte signalisierte Haltestellen an und führt die dazukommenden Kindern zur Schule und zurück. Diese Möglichkeit existiert bereits im Welschland, zum Beispiel für besonders gefährliche Strassen. Frau Meier oder Frau Cullic kommen um 7.25 Uhr und begleiten die Kinder ins Schulhaus. Der Unterschied zur Benzinkutsche: Die Kinder gehen zu Fuss, begleitet von Erwachsenen.

Die Schweizerische Beratungstelle für Unfallverhütung (bfu) schreibt dazu wie folgt:
Der Pedibus ist eine mögliche organisatorische Massnahme, die zur Schulwegsicherung beiträgt. Er kann jedoch bauliche Sanierungen von Gefahrenstellungen und Unfallschwerpunkten im Strassenverkehr nicht ersetzen.

Ich bringe keine weiteren Beispiele und freue mich auf eine offene und interessante Diskussion. "

SR Urs Hunziker

Stellungnahme Stadtrat

"Der Stadtrat wurde von Urs Tanner namens der SP mit dem Postulat vom 24. Juni 2008 eingeladen, dem Stadtparlament Bericht über die Massnahmen zu erstatten, mit welchen verhindert werden könnte, dass Kinder mit dem Auto in die Schule oder in den Kindergarten gefahren werden.

Gemäss Art. 19 und 62 der Bundesverfassung vom 18. April 1999 ist der Unterricht an den öffentlichen Schulen unentgeltlich und Sache der Kantone. Daraus wird unter anderem abgeleitet, dass der Schulweg für die Lernenden keine unzumutbare Erschwerung des Schulbesuches bedeutet. Ist der Schulweg für die Lernenden zu

weit, zu mühsam oder mit unzumutbaren Gefahren verbunden, haben Kantone und Gemeinden Abhilfe zu schaffen.

Die Kindergärten der Stadt Schaffhausen sind gleichmässig über alle Wohnquartiere verteilt. Die meisten Kinder haben einen relativ kurzen (unter 500 m) und sicheren Kindergartenweg. Bei der Einteilung wird nach Möglichkeit darauf geachtet, dass die Kinder keine stark frequentierten Sammelstrassen überqueren müssen.

Wie die Kindergärten sind auch die Schulhäuser dispers, wenn auch in geringerer Dichte, über das ganze Stadtgebiet verteilt. Darunter befinden sich reine Primarschulen, reine Orientierungsschulen und Anlagen mit gemischter Nutzung. Den Weg in die Primarschule sollten nach Ansicht des Stadtschulrates alle Kinder der Stadt zu Fuss absolvieren können, weshalb der Wohnort das wichtigste Einteilungskriterium darstellt. Für über 95% der Kinder ergibt sich so ein Schulweg der unter einem Kilometer liegt.

Die Wege in die Orientierungsschule sind zum Teil wesentlich länger. Davon betroffen sind in erster Linie die Kinder aus den benachbarten Gemeinden Hemmental, Lohn, Stetten, Büttenhardt, Dörflingen und Büsingen, welche die Orientierungsschule in der Stadt besuchen.

Aber auch einige Kinder aus dem Breitequartier absolvieren Schulwege von zwei Kilometern oder mehr. Im Gegensatz zur Kindergarten- und Primarstufe stellen Eltern-Taxidienste in diesem Alter kein grosses Problem mehr dar. Die Kinder, respektive Jugendlichen möchten in der Regel gar nicht mehr von den Eltern begleitet werden und benützen für den Schulweg den öffentlichen Verkehr oder das Fahrrad. Nach der Fahrradprüfung am Ende der 5. Klasse ist laut der Schweizerischen Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu) der Schulweg mit dem Fahrrad grundsätzlich zumutbar. So kann ab diesem Alter von den Schülern erwartet werden, dass sie einen Schulweg von mehreren Kilometern mit dem Fahrrad zurücklegen.

Es gilt festzuhalten, dass der Schulweg im Verantwortungsbereich der Eltern liegt. Sie können entscheiden, wie ihr Kind den Schulweg zurücklegen soll: Zu Fuss, mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder mit dem Fahrrad.

Viele Eltern wollen ihre Kinder vor Unfällen bewahren und bringen sie deshalb mit dem Auto zur Schule. Sie tun dies, obwohl sie wissen, dass frische Luft und Bewegung gut täten und sie selbst in ihrer Kindheit zu Fuss zur Schule unterwegs waren. Oft sind sich Eltern auch nicht bewusst, dass die Bring- und Holfahrten andere Kinder durch haarsträubende Wendemanöver gefährden. Elterntaxis, die genau dann unterwegs sind, wenn sich auch andere Kinder auf dem Schulweg befinden, schaffen weniger statt mehr Sicherheit. Direkt vor den Kindergärten und Schulen parkierende Fahrzeuge stellen eine enorme Gefahrenquelle dar.

Wie von Urs Tanner bereits erwähnt, knüpfen die Kinder auf dem Schulweg viele soziale Kontakte, aus denen oft dauerhafte Freundschaften entstehen. Ausserdem lernen sie Konflikte auszutragen. Sie entdecken zwischen Haustür und Schulzimmer die nähere Umgebung. Der Schulweg ist ein Freiraum, in welchem die Kinder nicht oder nur am Anfang von Eltern oder Lehrkräften beaufsichtigt werden. So sammeln sie grundlegende Erfahrungen, welche für die Persönlichkeitsentwicklung zentral sind. Sie werden selbstständiger und stärken dadurch ihr Selbstbewusstsein.

Weiter werden auf dem Schulweg die Beweglichkeit sowie die körperliche und geistige Entwicklung gefördert. Kinder, die sich viel bewegen, sind generell leistungsfähiger und können sich besser konzentrieren. Zudem beugt ein aktiv zurückgelegter Schulweg Übergewicht vor. Je früher Kinder motiviert und angeleitet werden, sich regelmässig zu bewegen, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich auch als Erwachsene ausreichend bewegen werden.

Dennoch ist es eine Tatsache: "Elterntaxis" liegen im Trend. Auswertungen des Mikrozensus ergeben, dass in der deutschen Schweiz bereits rund jedes zehnte Kind chauffiert wird. Dabei dauert ein durchschnittlicher Schulweg gerade mal knappe zehn Minuten. Eine bedenkliche Entwicklung. Dies wurde ebenfalls von Urs Tanner erwähnt.

Der Stadtrat teilt die Ansicht des Postulanten, dass die Kinder den Schulweg zu Fuss zurücklegen sollten. Allerdings glaubt er nicht, dass dies mit Verboten erwirkt werden kann. Jede Signalisation muss begründet und alle in Frage kommenden Ausnahmen berücksichtigt werden. Man kann sich vorstellen, welchen Umfang eine solche Ausnahmeregelung haben müsste, angefangen bei Berechtigungen für Lehrpersonal, Hauswartung, Lieferanten, Unterhalt und Transporte von verletzten Kindern; auch kann es Wetterlagen geben, bei denen ein Transport durchaus gerechtfertigt ist.

Verbotssignale sind immer daraufhin zu prüfen, ob sie den angestrebten Zweck überhaupt erfüllen und nicht über das Ziel hinaus schießen. Dies ist immer dann der Fall, wenn das angestrebte Ziel auch mit "weicheeren" Massnahmen erreicht werden könnte.

Die Schulhöfe selber und je nach Situation manchmal auch Teile der Zufahrt sind private Grundstücke und gelten nicht als öffentlicher Grund. Auf privaten Verkehrsflächen kann der Eigentümer spezielle Regeln wie Fahrverbot, Parkverbot oder Sondernutzungen erwirken. Das erwünschte Verkehrsregime wird dann vom Einzelrichter beurteilt und im Amtsblatt veröffentlicht. Ist die Signalisation rechtsgültig aufgestellt, hat der Eigentümer oder dessen Vertreter das Recht Missachtungen bei der Polizei anzuzeigen. Das einfache Ordnungsbussenverfahren (wie auf öffentlichem Grund) ist in solchen Fällen nicht möglich. Bereits jetzt sind einige Zufahrtsstrassen zu den Schulhäusern und die meisten Schulhöfe mit einem Fahrverbot belegt, was die Elterntaxifahrten aber nicht einzuschränken vermag. Die Praxis zeigt nämlich, dass die Kinder dann einfach so nahe wie möglich an die Schule heran gefahren werden oder das signalisierte Fahrverbot schlicht ignoriert wird.

In Deutschland und in der Schweiz gibt es viele Gemeinden und Organisationen (VCS oder bfu), welche sich mit dem Problem "Elterntaxi" befassen. Es herrscht Konsens, wonach die Angelegenheit bei der Motivation der Eltern anzupacken ist. Ihnen sind die Nachteile von Elterntaxis plausibel zu machen. Argumente gibt es zu Hauf und entsprechende Informationsflyer stehen in Deutsch und vielen Fremdsprachen im Internet (www.zu-fuss-zur-schule.ch) zur Verfügung. Auf der gleichen Website kann auch eine kommentierte Power Point-Präsentation für Elternanlässe herunter geladen werden.

Das Tiefbauamt, die Schaffhauser Polizei, die Verwaltungspolizei und das Schulamt sprechen sich in ihren Stellungnahmen klar gegen bauliche Massnahmen und/oder zusätzliche Halteverbote aus. Sie gehen mit der Meinung des Stadtrats einig, dass

die Verkehrssicherheit der Kinder primär vom Verhalten der Eltern abhängt und nicht von baulichen oder signalisationstechnischen Massnahmen.

Aus den oben erwähnten Gründen empfiehlt der Stadtrat, das Postulat "Erlebniswelt Schulweg - auf eigenen Füessen statt mit dem Elterntaxi zur Schule oder in den Kindergarten" nicht zu überweisen.

Hingegen unterstützt der Stadtrat alle Bemühungen, die Eltern gezielt über die Nachteile der Taxifahrten, respektive die positiven Aspekte eines zu Fuss zurückgelegten Schulwegs zu informieren. In einem ersten Schritt wurde das Thema bereits anlässlich der Kadertagung im vergangenen September mit den Schulleitungen und Schulhausvorständen angesprochen. Diese wurden aufgefordert, die Informationen, welche auf der bereits zitierten Website www.zu-fuss-zur-schule.ch zum Download vorhanden sind, an die Lehrpersonen weitergeben, damit sich letztere an einem der nächsten Elternanlässe dem Thema widmen.

Der Stadtrat geht davon aus, dass der direkte Dialog mit den Eltern die einzig vernünftige Möglichkeit darstellt, die Anzahl der Eltern-Taxi-Fahrten zu reduzieren. "

Dr. Paul Bösch (OeBS)

OeBS/EVP-Fraktionserklärung

Die **OeBS/EVP-Fraktion** begrüsst die Möglichkeit, das Thema Mobilität und Schulweg aufgrund dieses Postulates diskutieren zu können, und ich danke Urs Tanner, dass er dazu die Initiative ergriffen hat.

Viele positive Aspekte des zu Fuss zurückgelegten Schulweges und interessante Ideen dazu (beispielsweise den Pedibus) hat der Postulant bereits erwähnt. Auch der Schulreferent hat von verschiedenen Projekten gesprochen.

Nochmals herausstreichen möchte ich die beiden Aspekte, dass Bewegung unabdingbar ist für Reifung, Entwicklung und Anpassungsfähigkeit, und dass Kinder, die ihren Schulweg zu Fuss machen, im Unterricht eindeutig leistungsfähiger und konzentrierter sind.

Weniger glücklich sind wir mit der Formulierung des Postulates, weil darin Restriktion und Verbot dominieren. Nach dem Grundsatz „anbieten statt verbieten“ sind wir der Meinung, dass das Hauptziel des Anliegens über vermehrte Motivation und Information angestrebt werden sollte.

Zum Thema Anbieten gehören natürlich auch möglichst sichere Schulwege, und in diesem Zusammenhang sind wir froh, dass als ein gutes Beispiel dafür über das Budget 2009 der Fussweg Schützenhaus/Steigschulhaus projektiert ist.

Wenn nun Grossstadtrat Urs Tanner bereit ist - und ein entsprechendes Signal habe ich von ihm gehört - im Postulat den Passus "..... wie zum Beispiel Halteverbote oder bauliche Massnahmen ..." zu streichen, dann kann eine Mehrheit unserer Fraktion dem so abgeänderten Postulat zustimmen. Einzelne würden aber die Umwandlung in eine Interpellation vorziehen. "

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung

"Unsere Fraktion hat Verständnis für den Grundgedanken des Postulats, nämlich, dass Kindern ein positives Erlebnis auf dem Schulweg geboten werden soll, und dies

sollte möglichst für alle Kinder ermöglicht werden.

Wir sind aber der Meinung, dass man nicht mit Verboten, sondern mit Anreizen arbeiten sollte, was eigentlich bereits passiert. Als Beispiel möchte ich die von meinen Töchtern von der Schule nach Hause gebrachte Broschüre "Zu Fuss zur Schule - ein sicheres Erlebnis" aufführen. Es werden auch Wettbewerbe gemacht, wer fährt wie viele Kilometer mit dem Velo in die Schule beispielsweise. Das Anreizsystem wird in einzelnen Schulen also bereits praktiziert.

Dennoch bin ich etwas enttäuscht; im Sommer habe ich eine Kleine Anfrage eingereicht und die Frage gestellt, inwiefern die Stadt Schaffhausen das Schwesterprojekt "schule.bewegt" unterstützt. Bis jetzt habe ich allerdings keine Antwort erhalten. Auf der Homepage von "schule.bewegt" finden Sie den Ansatz, dass Bewegung auch auf dem Schulweg stattfinden kann. Es sollten Anreize geschaffen werden, damit sich die Kinder pro Tag mindestens 20 Minuten während, vor oder nach der Schule bewegen. Gemäss Internet gibt es im Kanton Schaffhausen zu meinem Befremden nur gerade 16 teilnehmende Klassen, davon nur 5 in der Stadt Schaffhausen; im Kanton Bern sind es zum Beispiel 283 und im Kanton Aargau 240. Wir bilden das Schlusslicht.

Am Schluss möchte ich an Sie alle appellieren: Wir sollten das Geld nicht in Verbote, Beton und bauliche Massnahmen investieren, sondern in sinnvolle Präventionsprojekte. Oder haben Sie schon einmal erlebt, dass Betonblöcke die Meinungen verändert haben?

Wir lehnen allerdings die Überweisung des Postulats ab und möchten dem Postulanten beliebt machen, das Postulat in eine Interpellation umzuwandeln. "

Der **Ratspräsident, Thomas Hauser (FDP)**, informiert an dieser Stelle den Rat, dass die Antwort auf die Kleine Anfrage von Dr. Cornelia Stamm Hurter betreffend Teilnahme der Stadt Schaffhausen am Projekt des Bundesamtes für Sport "schweiz.bewegt" wegen schwerer Erkrankung des zuständigen Verantwortlichen Ende November 08 erfolgen wird.

Florian Hotz (jfs)

FFDP/jfs-Fraktionserklärung

"Hätte mich mein Vater nicht immer chauffiert, wäre ich heute schlank und rank und könnte mich erst noch viel besser konzentrieren.

Die **FDP/jfs-Fraktion** lehnt dieses Postulat einstimmig ab. Über die Probleme in der Umsetzung hat SR Urs Hunziker bereits gesprochen; es bringt nichts, wenn ich nochmals dazu Stellung nehme. Es wurde angesprochen, dass der Bürger seine Rechte zurückholt, wenn ihn der Staat in seinen Freiheiten einschränkt, nämlich indem er das Halteverbot nicht beachtet oder indem er sein Kind um die Ecke aussteigen lässt.

Gleiches passiert, wenn wir Rauchverbote erlassen und der Staat anfängt, dem Wirt vorschreiben zu wollen, ob in seiner privaten Wirtsstube geraucht werden darf oder nicht. Ein Zettel wird unterschrieben und schon darf im Restaurant wieder geraucht werden. Der Bürger holt sein Freiheitsrecht zurück und der Effekt verpufft. So geht das meistens. Nur ist es dann so, dass der Staat oft wieder mit neuen Massnahmen und Vorschriften reagiert, und es entsteht ein regelrechter Teufelskreis.

Erstaunlich finde ich es nur, dass solche Vorstösse immer wieder von den Linken

kommen. Es sind immer wieder die Linken, die autoritäre Züge im Staat zeigen. Ich unterstelle den Linken nicht unbedingt bösen Willen, aber die Frage muss gestattet sein: Warum ist die SVP in solchen Sachen freiheitlich? Über die FDP muss ich nicht reden; die Mitte ist meistens neutral und vernünftig.

Aber, Ihr liebe SP-ler meint, Ihr wisst besser, wie wir unser Leben zu gestalten haben. Ihr meint, Ihr müsst den Eltern, die sicherlich ihre Gründe haben, wenn sie die Kinder zur Schule fahren, irgendetwas vorschreiben. Urs Tanner hat selbst gesagt, dass mit Verboten nichts erreicht werden kann, und so wollt Ihr es "hinterlistig" machen, mit irgendwelchen baulichen Massnahmen wie Halteverbote beispielsweise. Wir wollen keinen "hinterlistigen" Staat.

Was ist der Grund dafür, dass solche Vorstösse von Eurer Seite kommen? Warum glaubt Ihr 10 Parlamentarier in diesem Rat den tausenden Familienvätern in der Stadt irgendetwas vorschreiben zu müssen? Diese Haltung ist nicht zuletzt nämlich auch arrogant. Sie sagt aus: Wir sind schlauer als das Volk. Wir sind die Elite, wir müssen vorschreiben, was andere zu tun und zu lassen haben. Diese Haltung der Linken macht mich nicht nur sauer, sie macht mich auch ein bisschen traurig. Wichtig ist, dass wir dieses Vorhaben ablehnen. "

Christian Hablützel (SP)

SP/AL-Fraktionserklärung

"Ich kann nach diesem flammenden Votum von rechtsbürgerlicher Seite nicht auf meiner Bank sitzen bleiben. Eigentlich habe ich gehofft, das neoliberale Gedankengut sei mit den verlorenen Milliarden untergegangen, heute Abend muss ich es mir aber in Reinkultur wieder anhören. Ein sehr wichtiger Satz zur Freiheit lautet "Des einen Freiheit endet dort, wo diejenige des anderen begrenzt wird". Wenn wir als Sozialdemokraten manchmal den Finger erheben, um die Freiheit derjenigen zu schützen, die dazu aus eigenen Kräften oder mangels Kapital nicht in der Lage sind, scheinen mir derartige Vorwürfe fehl am Platz.

Des Weiteren bin ich der vollen Überzeugung, dass es der Sache nicht gut ansteht, auf dieser Ebene eine Diskussion anzuzetteln, die das rechts/links Schema aufgreift. Nach den in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen können wir wirklich nicht davon ausgehen, dass die Freiheit und das "Null-Regeln" ein Zusammenleben in diesem Staat möglich machen. Wir sind in den vergangenen Jahren eines Besseren belehrt worden, und ich bitte Sie unter diesen Umständen mindestens auf die soeben gehörte Argumentationsführung zu verzichten. Zu den Vorschlägen, welche die Aktivierung der Bürger zum Mitdenken anbelangt, werde ich mich nochmals melden.

In diesem Sinne bitte ich Sie den Vorstoss zu unterstützen. Wir verlangen einzig und allein die Schaffung von geeigneten Rahmenbedingungen, und ich erinnere Sie daran, dass wir in allen Politikbereichen mindestens ein Dreisäulenprinzip brauchen, und dazu gehört selbstverständlich das Anreize schaffen wie natürlich auch das Sanktionieren; dies gehört dazu, wenn wir eine Politik bestreiten wollen, die dem, was wir wollen, Rechnung tragen sollte.

Sagen Sie Ja zu den verschiedenen Säulen und unterstützen Sie den Vorstoss. "

Peter Möller (SP)

Votum

"Die gehörten Äusserungen haben mich verblüfft, vor allem die Kehrtwende, die jeweils nach den inhaltlichen Aussagen folgte. Die Ausführungen von SR Urs

Hunziker beinhalten eigentlich nur Argumente, welche für eine Überweisung des Postulats sprechen.

Dass bauliche Massnahmen und Halteverbote unter Umständen nicht die geeigneten Massnahmen sind, kann ohne weiteres sein. Es sind ja auch nur Beispiele, die allenfalls aus dem Postulattext gestrichen werden können und damit wäre der Weg für die Anregung von Paul Bösch frei, nämlich eine Überweisung zu ermöglichen. Von Dr. Cornelia Stamm Hurter habe ich inhaltlich auch nichts gegen die Stossrichtung des Postulats gehört; es fordert lediglich, dass der Stadtrat geeignete Massnahmen überprüft und ergreift, über welche schlussendlich dieser Rat zu entscheiden hat.

Von der FDP bin ich ein wenig enttäuscht, da *inhaltlich* zum Postulat nichts zu hören war; es handelte sich um eine reine Wahlkampfrede, die jeglichen Bezug zum Postulat vermissen liess und verstaubte Ansichten erneut ausbreitete.

Es geht heute darum, dass das Parlament ein klares Verdikt zur Unterstützung des Ziels des Postulats abgibt, nämlich, dass die Kinder wieder zu Fuss zur Schule gehen. Welche Massnahmen geeignet und möglich sind, ob Anreize geschaffen werden sollen oder wie die Lösung aussehen könnte, sagt uns der Stadtrat in seinem Bericht.

Bitte unterstützen Sie das Postulat. “

Gertrud Distel (CVP)

Votum

”Wir alle wissen aus eigener Erfahrung wie spannend und aufregend ein Schulweg sein kann. Der Weg zu Fuss fördert die Selbständigkeit, das Sozialverhalten und die Gesundheit; abgesehen von all den Freundschaften die auf einem Nachhauseweg entstehen.

Alles gute Argumente für den Weg zu Fuss, aber wie bringen wir das den Eltern bei? Sie meinen, sie wollen ja nur das Beste, damit ihr Kind sicher in die Schule kommt. Mit einem Halteverbot vor den Schulen würden wir die Haltestelle der „Privattaxis“ nur ein paar Meter verschieben und hätten womöglich in der nächsten Quartierstrasse ein Verkehrschaos.

Wir müssen den Stadtrat beauftragen die Schulwege für die Kinder sicher zu machen. Auf das Thema Schulweg zu Fuss muss in den Schulen vermehrt sensibilisiert werden. Die Lehrpersonen sollen den Kindern die Vorteile eines gemeinsamen Nachhausewegs beliebt machen und den Eltern an den Elternabenden die Vorzüge dieses Themas aufzeigen.

Ich schliesse mich Paul Bösch an und finde den Vorstoss überweisenswert, wenn der Postulatstext abgeändert würde. “

Dr. Raphaël Rohner (FDP)

Votum

”Tatsächlich ist es nicht eine Frage der politischen Ideologie, wenn man über dieses Postulat diskutiert. Die einzige Frage, die sich stellt, ist, ob eine Diskussion etwas bringt oder nicht. Wir befinden uns in einer schwierigen Problemkurve mit sehr aktuellen Themen wie Bewegungs- und Gesundheitsförderung, weil die Folgekosten der gesundheitlichen Schäden, die mit Fehlernährung und Bewegungsarmut in

Zusammenhang stehen, erwiesenermassen die Milliardenhöhe erreichen werden. Hier sind wir tatsächlich gefordert.

Von Bund, Kanton, Gemeinden sind jedoch genügend Programme eingesetzt, deren Umsetzung jetzt vorangetrieben werden muss. Es ist aber wie so oft, dass wir nicht gut an die eigentlichen Adressate, wo wirklicher Handlungsbedarf besteht, herankommen. Hier müsste vermehrt in den Schulen, in der Öffentlichkeit und auch in der Presse nach neuen Wegen gesucht werden.

Mit Verboten verkehrstechnischer Art kann nicht viel erreicht werden; da hat unser Fraktionssprecher durchaus Recht, damit bewirkt man nichts. Wer unbelehrbar ist, lässt das Kind 50m weiter vorne aussteigen und gefährdet mit gefährlichen Manövern andere Kinder.

Ich bin klar der Meinung, dass etwas unternommen werden muss und die Eigenverantwortung der Eltern verstärkt in Pflicht genommen werden muss, allerdings nicht mit Verbotssignalen und baulichen Massnahmen. Daher macht es keinen Sinn, das Postulat zu überweisen; aber es macht sehr wohl Sinn, heute Abend darüber zu diskutieren. Die Stadt und die Schule müssen die bestehenden Angebote gezielt umsetzen und in der Schulstube mit den Eltern über diese Thematik diskutieren. Aber die Menschheit ist träge und unvernünftig und oft ist gegen diese Unvernunft kein Kraut gewachsen. “

Urs Tanner (SP)

Votum

”Eine Umwandlung in eine Interpellation kommt für mich nicht in Frage. Sie haben spätestens mit Peer Steinbrück festgestellt, dass Zuckerbrot und Peitsche nicht sehr populär ist. Zu 70% war die heutige Diskussion interessant und intellektuell hochstehend, zu 30% eher tiefer angelegt; aber es ist flammender Wahlkampf, ohne dass ich Namen nennen möchte.

Wie bereits von Peter Möller erwähnt, sind die vorgeschlagenen baulichen Massnahmen und die Halteverbote wohl in den falschen Hals gekommen; ich streiche diese gerne aus dem Postulatstext. Es gibt viele andere Möglichkeiten, von denen ich allerdings heute Abend fast keine gehört habe; löbliche Ausnahme war der Fraktionspräsident der FDP.

Ich ändere den Postulatstext wie folgt ab:

Der SR ist zu beauftragen, dem Parlament über die Prüfung geeigneter Massnahmen zu berichten, die verhindern, dass Kinder mit dem Auto in die Schule und in den Kindergarten gefahren werden.

Ich gebe dem Stadtrat volle Kompetenz und hoffe, dass die Schönrednerinnen und Schönredner nun zustimmen werden. “

SR Urs Hunziker

Stellungnahme zum geänderten Postulatstext

”Bevor wir zur Abstimmung kommen, möchte ich Folgendes zu bedenken geben: Wenn Urs Tanner den Text so abändert, dass bauliche Massnahmen oder Halteverbote wegfallen, stellt sich die Frage, in wessen Kompetenz weitere Massnahmen überhaupt liegen. Wir bewegen uns sehr schnell im Kompetenzrahmen des Stadtschulrates. Erste Schritte von Seiten des Stadtschulrates sind bereits

eingeleitet. Herzlichen Dank an Urs Tanner für die Anregung.

Zu Dr. Cornelia Stamm Hurter möchte ich bemerken, dass das Projekt "Bewegter Kindergarten" bereits läuft; Projekte für Schulen werden später folgen. "

ABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat erklärt in der Schlussabstimmung das im Wortlaut wie folgt angepasste Postulat mit **22 : 21 Stimmen** erheblich:

Der SR ist zu beauftragen, dem Parlament über die Prüfung geeigneter Massnahmen zu berichten, die verhindern, dass Kinder mit dem Auto in die Schule und in den Kindergarten gefahren werden.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 Motion Christoph Schlatter (SP): Solidaritätsrappen zugunsten von Trinkwasserprojekten in Entwicklungsländern

Christoph Schlatter (SP)

Begründung

"Hinter dem Motionstitel „Solidaritätsrappen zugunsten von Trinkwasserprojekten in Entwicklungsländern“ verbirgt sich weder eine neue Steuer noch ein bürokratischer Wasserkopf. Es geht um Menschen deren Gesundheit und nicht zuletzt deren Überleben vom Zugang zu sauberem Trinkwasser abhängen. Es geht um rund einen Drittel der Weltbevölkerung, welchem das Privileg auf sauberes Trinkwasser verwehrt ist.

Die Stadt Schaffhausen verfügt über ein eigenes Wasserkraftwerk, wir verfügen über sehr sauberes Trinkwasser und wir gehören zu einer Minderheit Menschen, welche den Luxus für sich in Anspruch nehmen können, mitten in Europa in einem Fluss schwimmen zu können, ohne sich dabei gesundheitliche Schäden zuzufügen. Die klimatischen Bedingungen tragen im Moment noch dazu bei, dass wir auch genügend Wasser von oben erhalten, siehe heute. Kurz gesagt, wir „schwimmen“ im Wasser.

Dabei vergessen wir gerne, dass dies für viele Menschen auf der Welt nicht selbstverständlich ist. Gedankenlos spülen wir unsere Exkremete mit qualitativ hoch stehendem Trinkwasser durch die Toiletten. Hierbei handelt es sich nicht um einen Aufruf in Zukunft darauf zu verzichten. Vielmehr geht es darum, dass wir auch anderen Menschen dieses für uns selbstverständliche Privileg ermöglichen. Der Gedanken eines Solidaritätsrappen ist keineswegs neu. Dazu wird weder die Unterstützung des Kantons, beziehungsweise des Bundes benötigt. Die Voraussetzungen für die Schaffung eines Solidaritätsrappen basieren auf dem Solidaritätsgedanken, der Überzeugung nachhaltig einen Beitrag für die Verbesserung der Wassersituation beizutragen und nicht zuletzt dem politischen Willen diese Überzeugung auch umzusetzen.

Im Motionstext habe ich dabei die Stadt Lausanne aufgeführt. Wenn Sie jetzt denken, dass es sich bei Lausanne um eine wesentlich grössere Stadt als Schaffhausen handelt, dann gebe ich Ihnen Recht. Allerdings habe ich das Beispiel von Lausanne eher zufällig gewählt und für die Einführung eines Solidaritätsrappen ist die Grösse der Gemeinde nicht ausschlaggebend. So zahlt die Tessiner

Gemeinde Lamone mit ihren 1650 EinwohnerInnen pro Kubikmeter Wasser, welche von den EinwohnerInnen konsumiert wird, einen Solidaritätsrappen zugunsten nachhaltiger Projekte. Die Gemeinde kennt den Solidaritätsrappen seit 2004. Im ersten Jahr konnte die Gemeinde bereits Fr. 2'170.-- investieren.

Wenn Sie jetzt denken, dass sei ja lächerlich, dann möchte ich Sie an dieser Stelle daran erinnern, dass für diesen Betrag rund 36 Menschen in Entwicklungsländern der lebenslange Zugang zu Trinkwasser ermöglicht werden kann. Würden sich alle Gemeinden der Schweiz Lamone oder Lausanne anschliessen, würden Fr. 10 Mio. zusammen kommen. Diese Summe würde knapp 170'000 Menschen den lebenslangen Zugang zu sauberem Trinkwasser ermöglichen.

Wie Sie sehen, hat der Solidaritätsrappen bereits nach kurzer Zeit eine grosse Wirkung. Damit diese Wirkung nachhaltig ist, muss er über einen längeren Zeitraum und wiederkehrend erhoben werden. Eine einmalige Abgabe würde nur den Tropfen auf den heissen Stein darstellen. Steter Tropfen höhlt den Stein, nur, wenn die Kontinuität dabei gewährleistet ist. Neben einer nachhaltigen und gesundheitlichen Besserstellung der Menschen, trägt der Solidaritätsrappen auch dazu bei, den Migrationsdruck zu entschärfen.

Die Aufforderung an den Stadtrat lautet bekanntlich wie folgt:

Der Stadtrat wird eingeladen dem Grossen Stadtrat Bericht und Antrag zu stellen, über die Einführung einer Solidaritätsabgabe auf Wasser und die Förderung von Projekten zur Trinkwasserversorgung in Entwicklungsländern.

Es wird dabei bewusst von einer Abgabe gesprochen und von Projekten zur Trinkwasserversorgung. Diese sehr offene Formulierung wurde gewählt, da wir den Stadtrat nicht zusätzlich einschränken wollen. Bei unserem Vorstoss steht die Sache im Vordergrund. Es gibt vermutlich im Rahmen der Entwicklungshilfe kaum ein Gebiet, welches so viele Teilgebiete umfasst, wie die nachhaltige Förderung der Trinkwasserversorgung.

Ein weiterer Vorteil liegt darin, dass verschiedene Gemeinden bereits Erfahrungen mit dem Solidaritätsrappen gemacht haben. Zudem gibt es Gemeinden, wie beispielsweise Lausanne, welche für die Umsetzung Städtepartnerschaften realisieren möchten.

Wir haben an dieser Stelle schon oft über Aufwand und Ertrag gesprochen, oftmals mussten wir eingestehen, dass wir die direkten Folgen und Auswirkungen unseres Tuns erst zu einem späteren Zeitpunkt überprüfen können. Dies gilt nicht für den Bereich der Trinkwasserversorgung.

Wenn Sie die Motion überweisen, tragen Sie dazu bei, dass das Leben für viele Menschen erträglicher wird. "

Marcel Wenger (Stadtpräsident)

Stellungnahme

"Mit der Motion wird der Stadtrat eingeladen, Bericht und Antrag zu stellen über die Einführung einer Solidaritätsabgabe auf Wasser und die Förderung von Projekten zur Trinkwasserversorgung in Entwicklungsländern. Konkret soll pro verkaufter Kubikmeter Trinkwasser 1 Rappen zu Gunsten von Wasserversorgungsprojekten in armen Ländern zur Verfügung gestellt werden.

Der Stadtrat nimmt wie folgt Stellung:

Dem grundsätzlichen Anliegen, nämlich auch in ärmsten Ländern und Regionen eine Versorgung mit hygienisch einwandfreiem Wasser zu gewährleisten, stimmt der Stadtrat vollumfänglich zu. Damit wird eines von fünf globalen Langfristproblemen gemäss UNO-Konferenz von Rio im Jahr 1992 angesprochen. Es sind dies die folgenden fünf Problemkreise:

1. Klimaveränderung/ausreichende Energieversorgung
2. Verlust der biologischen Vielfalt
3. Verlust des fruchtbaren Bodens
4. Verschmutzung und Verknappung der Süsswasserreserven
5. Abholzung der Wälder

Der Stadtrat hält aber klar fest, dass auch im Inland Gemeinden im Alpen- und Voralpenraum oder im Jura existieren, welche aufgrund ihrer sozioökonomischen Situation den Unterhalt der Infrastrukturen - bei den Strassen, den Lawinenverbauungen, bei der Wasserversorgung und der Schmutzwasserentsorgung - nicht mehr selber tragen können. Diese Situation wird aufgrund der auf uns zukommenden Rezession nicht einfacher.

Im Rahmen der Städtepartnerschaft mit Winterthur und St. Gallen, welche nun seit vielen Jahren problemlos funktioniert, werden daher sowohl Projekte in der Dritten Welt als auch inländische Projekte geprüft und unterstützt. Dabei beurteilen die drei Städte die eingehenden Gesuche nach einem umfassenden Kriterienkatalog, um zu gewährleisten, dass die direkt eingesetzten Steuermittel zweckmässig und zielgerichtet verwendet werden. Meist geht es dabei um integrale Projekte mit Auswirkungen in weite Bereiche.

Unter der Federführung der Stadt Schaffhausen wurde beispielsweise ein Helvetas-Projekt in Mali evaluiert, welches sowohl die Trinkwasserversorgung (Brunnenbau) als auch die lokale Reis- und Hirseproduktion, die Fischeiweiss-Produktion (Fische zur Reduktion der Mückenbelastung und damit zur Reduktion bestimmter infektiöser Krankheiten) und die lokale Vermarktung durch Frauen (Gender-Projekt) beinhaltet.

Ein Beispiel eines Inlandprojektes: Im Jahr 2008 unterstützte die Städtepartnerschaft Schaffhausen/Winterthur/St. Gallen die Gemeinde Präz im Kanton Graubünden beim Neubau der Wasserversorgung. Dieses Projekt wurde vom Kanton Graubünden als Zwangsinvestition deklariert, weil die alten Anlagen die hygienischen, betrieblichen und sicherheitstechnischen Anforderungen an eine kommunale Wasserversorgung in vieler Hinsicht nicht mehr erfüllten.

Die Bevölkerung von Präz beträgt 174 EinwohnerInnen, die Nettoverschuldung pro Kopf Fr. 3'449.--, und mit einem Steuerfuss von 130% besitzt Präz den maximal möglichen Ansatz im Kanton Graubünden. Mit der Unterstützung des Neubaus wird eine einwandfreie Trinkwasserversorgung gewährleistet sowie dem Umweltschutz und der Gesundheitsvorsorge Rechnung getragen. Alleine hätte die Gemeinde Präz diese Aufwendungen nicht tragen können.

Mit diesen beiden Beispielen belegt der Stadtrat, dass er seit langer Zeit im Sinne der Motion tätig ist. Die Stadt Schaffhausen bringt jährlich rund Fr. 80'000.-- in die Städtepartnerschaft ein, davon 25% oder Fr. 20'000.-- für das Inlandprojekt (meistens Wasser-, Abwasserprojekte) und 75% oder Fr. 60'000.-- für das Auslandprojekt. Zusätzlich spricht der Stadtrat bei Katastrophen auch Mittel im Sinne

der Humanitären Soforthilfe, Mittel, die auch für die Wasserversorgung eingesetzt werden können.

Wie viel Mittel würden bei Umsetzung der Motion generiert? In der Stadt Schaffhausen werden jährlich etwa 5,7 Mio. Kubikmeter Trinkwasser abgegeben. Oder mit andern Worten: Eine Solidaritätsabgabe von 1 Rp. pro Kubikmeter ergäbe zusätzliche Einnahmen von rund Fr. 57'000.--, also etwas weniger als heute für das Auslandprojekt zur Verfügung gestellt wird.

Im Weiteren sieht der Stadtrat es als problematisch an, wenn die Abgabe von Trinkwasser durch Tarifelemente beeinflusst wird, die mit dem Versorgungsauftrag in der Stadt Schaffhausen nichts zu tun haben. Wenn Mittel für die Hilfe bei Trinkwasserprojekten in Entwicklungsländern gesprochen werden, sollte dies nicht durch Einführung indirekter Abgaben auf dem Lebensmittel Wasser geschehen, sondern auf transparenten, projektbezogenen und im Budget auch als solche identifizierbaren Beträgen zur Unterstützung. Tue Gutes und sprich darüber.

Nachdem der Stadtrat von der GPK des Grossen Stadtrates den Auftrag erhalten hat, seine Wasser- und Abwassertarifierung neu auf verbrauchsbezogenen Elementen zu basieren und nicht auf dem Gebäudeversicherungswert abzustellen, sind nach langen und aufwändigen Verhandlungen und nach einer Vernehmlassung bei den Verbrauchergruppen nun die neuen Tarifierungsgrundsätze vorlagenreif. Die Einführung eines sachfremden Tarifierungselements würde sowohl dem Auftrag des Grossen Stadtrates zur Verbrauchsbezogenheit widersprechen als auch die jetzt verhandlungsbereiten Tarife erneut in Frage stellen. Meister, die Arbeit ist gemacht; soll ich sie gleich wieder reparieren?

Zusammenfassend kommt der Stadtrat zum Schluss, dass er seit langer Zeit die gleichen Ziele wie der Motionär verfolgt, aber eher im umfassenderen, integralen Sinn. Die über den Budgetweg gesprochenen Mittel übersteigen die Einnahmen, welche durch einen Solidaritätsrappen auf das Trinkwasser generiert werden könnten. Dank der Zusammenarbeit mit den Städten Winterthur und St. Gallen können zudem wesentlich höhere Mittel generiert werden, als die Stadt Schaffhausen selber zur Verfügung stellen könnte.

Der Stadtrat bittet Sie deshalb, ihm weiterhin die notwendigen Mittel auf dem Budgetweg zu bewilligen und die Motion nicht zu überweisen, beziehungsweise sie allenfalls in eine Interpellation umzuwandeln. "

Lotti Winzeler (OeBS)

OeBS/EVP-Fraktionserklärung

"Trinkwasserprojekte in Entwicklungsländern werden von allen Fraktionsmitgliedern unterstützt. Jedoch wird dieses Vorgehen via Motion nur von einem Teil unterstützt. Ich nehme als Befürworterin unserer Fraktion wie folgt Stellung:

Der Motionär hat in seiner Begründung aufgeführt: 2,6 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Wenn wir pro verkauften Kubikmeter Wasser 1 Rappen zugunsten eines konkreten Projekts zur Trinkwasserversorgung beisteuern, ist das mehr als nur ein Tropfen auf einem heissen Stein.

Das würde echte Solidarität bedeuten. An der Milleniumsgeneralversammlung der UNO im Jahr 2000 verabschiedeten die Regierungsvertreter aller Staaten der Welt die Milleniumserklärung. Sie verpflichteten sich darin, die schlimmste Armut und den

Hunger gemeinsam zu bekämpfen. Zu diesem Zweck legten sie unter anderem das Entwicklungsziel fest: Die ökologische Nachhaltigkeit zu sichern, die Zahl der Menschen, die über kein sauberes Trinkwasser oder sanitäre Anlagen verfügen, zu halbieren und generell den Verlust von Umweltressourcen zu stoppen.

Die Schweiz hat wiederholt versprochen, sich für die Millenniumsziele einzusetzen. Diesem Versprechen hat sie wenige Taten folgen lassen. Ihre Entwicklungshilfe stieg zwischen 2000 und 2006 von 0,34% auf 0,39% des Bruttonationaleinkommens. Die UNO, die OECD, die Weltbank und andere internationale Organisationen empfehlen den Industrieländern seit langem 0,7% ihres Bruttosozialprodukts in die Entwicklungshilfe zu investieren. Von diesem Ziel ist die Schweiz noch weit entfernt.

Wird diese Motion erheblich erklärt, so erwartet unsere Fraktion, dass die Stadt Schaffhausen kein eigenes Projekt ausarbeitet, sondern das erfolgreiche Trinkwasserprojekt der Stiftung „Clean Water“ unterstützt, welches von der Georg Fischer AG 2002 gegründet wurde.

Wir könnten es der Stadt Lausanne gleichtun. Ich bin nicht nur Schweizerin, ich bin auch Schaffhauserin und möchte Sie frei nach dem Motto „Global denken, lokal handeln“ auffordern die Motion zu überweisen. “

Florian Hotz (jfsh)

FDP/jfsh-Fraktionserklärung

„Mir wurde vorgeworfen, meine Ausführungen seien intellektuell zuwenig hochstehend, Wahlkampf betreibend oder Ideologie, wofür ich einstehe und auch gewählt wurde. Ich möchte dazu bemerken, dass solche Vorwürfe typischerweise von dieser Seite kommen. Oft sind die einfachen Geister nicht diejenigen, die am meisten Schaden anrichten. In diesem Sinne bin ich gerne ein einfacher Geist und will heute Abend gerne pointiert ausführen, worauf es mir und auch meinen Fraktionskollegen wirklich ankommt.“

Frau Huser zahlt der Schweizer Berghilfe, weil sie unsere Bergbauern unterstützen will. Herr Meier hat seine Frau wegen Krebs verloren. Er zahlt an die Krebsliga. Der junge Student Felix zahlt gar nichts, weil er für seine Studiengebühren spart und Herr Wanner spendet für das Rote Kreuz, das sich in Afrika für die Armen einsetzt die Hälfte; die andere Hälfte geht an seinen arbeitslosen Nachbarn, den er unterstützt.

Wieso meinen die 12 Unterzeichner der Motion jetzt, sie wüssten besser, was man unterstützen sollte, indem sie zuerst Abgaben, Steuern und Gebühren erheben, und dann diese richtig nach ihrem Gutdünken einsetzen?

Wieso kommt gerade die SP auf diese Idee? Ist ihr der Weltwassertag derart eingefahren? Der Weltaidstag, der Welthungertag, der Weltklimatag und der Weltfrauentag gingen aber spurlos an ihr vorbei? Ist es, weil ein FDP-ler in Lausanne das Ganze gebracht hat? Sonst redet ihr uns ja auch nicht alles nach, was wir machen - schon gar nicht die weniger guten Ideen. Und diese Idee ist nicht sinnvoll, sie ist sogar verheerend. Sie signalisiert nämlich Frau Huser, Herrn Wanner, Felix und Herrn Meier: Ich muss mich nicht mehr sozial verhalten, das macht ja schon der Staat für mich, und kassiert dafür ja auch hohe Steuern.

Wenn soziales Verhalten kollektiviert wird, nimmt eigenverantwortliches soziales Verhalten ab. Das kann jeder Hobbypsychologe bestätigen. Die SP will Gutes tun, schafft hier aber Schlechtes.

Einige Fraktionskollegen und ich unterbreiten der SP einen durchaus ernst gemeinten Vorschlag: Warum stellen wir uns nicht *alle* an einem Samstagnachmittag auf den Fronwagplatz und sammeln *gemeinsam* für dieses meines Erachtens gute Projekt? Aus meiner Fraktion würden vier Leute mitmachen. Ich bin sicher, dass aus den anderen Fraktionen auch noch einige mitkommen. Mit diesen und den 12 Personen der SP werden wir uns gemeinsam auf den Fronwagplatz stellen und Geld sammeln. Dann erreichen wir wirklich etwas, dann können wir uns wirklich selber loben. Kommen Sie einfach nach der Sitzung zu mir, um die Organisation das zu besprechen. Ich würde mich freuen, wenn es klappt.

Wenn wir diese Motion allerdings durchwinken, ist das zutiefst unsozial. Wir bestrafen das Rote Kreuz, die Krebsliga und die Schweizer Berghilfe. Deshalb lehnt die **FDP/jfsh-Fraktion** diese Motion ab. “

Josef Eugster (SVP)

Votum

”Der Solidaritätsrappen ist nichts Neues und wurde schon in verschiedenen Bereichen gefordert. Leider muss ich Ihnen sagen, dass Projekte in Entwicklungsländern fast ausnahmslos zu Missbrauch und Korruption führen. Ich weiss, wovon ich rede, da ich beruflich oft in solche Projekte involviert bin.

Sogar das Projekt „Clean Water“ von Georg Fischer AG - eine sicherlich gute Sache - droht nach relativ kurzer Zeit zu scheitern, sobald die Unterstützer zurückgezogen werden und die Verantwortung an die dortige Bevölkerung übertragen wird.

Es ist mir kein Projekt bekannt, das wirklich langfristig - Zeithorizont von 20 Jahren - umgesetzt wurde und funktioniert. Ich kann Ihnen dazu folgendes Projekt nennen, beispielsweise die Wasserversorgung in Usbekistan. Mittlerweile sind in den letzten zwei Jahren rund 30 Mio. investiert worden; es ist noch kein Meter des Leitungsbaus entstanden und viele Lastenwagencontainer aus Stahl mit Rohrleitungsteilen und verschiedenen Komponenten für die Wasseraufbereitung stehen vor Ort. Jeder Usbeke, der Stahl braucht, besorgt sich mit einer Handsäge oder einem kleinen Trennschleifer die von ihm benötigte Menge. Der Rest, den niemand brauchen kann, liegt einfach herum. Ich bezweifle, dass überhaupt je einmal gebaut wird.

Es wurden auch Schweissmaschinen geliefert und entsprechende Schulungen für deren Einsatz durchgeführt. Aber die Usbeken sind nicht interessiert und diese Maschinen werden jetzt auf dem Markt angeboten, und zwar im benachbarten Kirgistan. Das kann ja wohl kaum das Ziel des Projektes sein, und es entsteht - wie eingangs erwähnt - hauptsächlich Korruption und Missbrauch. Solange die Bevölkerung nicht will, sind diese Projekte absolut fehl am Platz. “

Susanne Günter (FDP)

Votum

”Hilfe zu leisten in Entwicklungsländer ist immer so eine Sache. Wohin fließt das Geld? Wem kommt es zu Gute? Kommt es an die richtige Adresse?

Es ist eine Notwendigkeit sich zu engagieren, um in den Entwicklungsländer für sauberes Trinkwasser besorgt zu sein, aber bitte nicht mit Hilfe des Staates - die Gründe dagegen hat Stadtpräsident Marcel Wenger bereits dargestellt.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel präsentieren, das weit mehr als eine Abgabe über den

Wasserpreis in einer oder mehreren Städten eingebracht hat.

Anlässlich des 200-Jahresjubiläums hat Georg Fischer AG ein Projekt gestartet namens „Clean Water“ - Lotti Winzeler hat bereits darauf hingewiesen. Damals sind aus dieser privaten Initiative sage und schreibe rund Fr. 3,5 Mio. an Geldern zusammen gekommen.

Bei „Clean Water“ handelt es sich um ein Projekt, das mehrere Länder betrifft. Ich möchte jedoch dasjenige in Indien, genauer in West-Bengalen, erwähnen, wo speziell Frauen und Kinder bis zu acht Stunden im Tag nichts anderes tun können als in kilometerweiten Fussmärschen Trinkwasser zu besorgen.

Georg Fischer AG hat dieses Gebiet besucht und sich, um Korruption auszuschliessen, an Ort informiert und sich für dieses Gebiet engagiert. Eine Wasserpumpe kostet ca. Fr. 4'000.-- und in vielen Dörfern in diesem Gebiet konnten seither solche Wasserpumpen installiert werden, unter Begleitung und Aufsicht durch die Hilfsorganisation Mass Education vor Ort.

Warum sage ich Ihnen das? Vor allem, um Ihnen aufzuzeigen, dass private Initiativen etwas bringen und erst noch die Sicherheit vermitteln, dass die finanziellen Mittel am richtigen Ort eingesetzt werden.

Und noch etwas das mit privater Eigeninitiative zu tun hat:

Nächstes Jahr feiert der Zonta-Club Schaffhausen seinen 50. Geburtstag. Wir sind ein Internationaler Service-Club, vergleichbar mit Lions oder Rotary. Aus diesem Anlass haben wir uns Gedanken über Projekte gemacht, die aus unserer Sicht unterstützungswürdig sind.

Projekte, die besonders Frauen und Kinder betreffen, gibt es viele. Wir sind jedoch bald zum Schluss gekommen, dass wir uns an der Vorarbeit, die Georg Fischer AG bereits geleistet hat, anlehnen und unterstützen das Projekt „Clean Water“ in Indien.

Der Grundgedanke liegt darin, dass wir uns auf verschiedenen Ebenen bemühen Geld zusammen zu bringen, um dieses Projekt zu unterstützen. Mitunter werden wir auch auf dem Fronwagplatz am Weltwassertag am 22. März 2009 anzutreffen sein und mit einer speziellen Aktion weiter Geld zu Gunsten dieses Projektes sammeln. Vielleicht können wir uns *alle* gemeinsam - vorbehältlich Wiederwahl allerdings - auf dem Fronwagplatz treffen und zugunsten von diesem Projekt Geld sammeln.

Wir leisten einen direkten mit persönlichem Einsatz verbundenen Beitrag, sämtliche Mitglieder unseres Zonta-Clubs werden zur Mithilfe einbezogen, und ich bin überzeugt, dass wir mit unseren diversen Aktionen einen kleinen Tropfen sauberes Trinkwasser beisteuern können.

Wir haben ein Projekt, wir haben ein Ziel. und so verstehe ich die Solidarität, die wir aufbringen müssen, um in diesen Länder wenigsten etwas zur Problematik „Clean Water“ beizutragen; aber eben mit persönlichem Einsatz und Engagement. Nur über eine Verteuerung des Wasserpreises diese Problematik zu lindern, verstehe ich nicht und werde deshalb dieser Motion nicht zustimmen. “

Alfred Tappolet (SVP)

Votum

”Nicht nur Menschen, sondern auch unsere Tiere trinken Wasser. Wenn Sie uns garantieren, mit Ihrer Solidarität dann nur noch regionale Produkte zu konsumieren,

wäre ich bereit, dafür einen Solidaritätsrappen einzuführen.

Aber es sind wieder die Linken, die einen globalisierten Markt fordern, um billigere Nahrungsmittel zu erhalten. Es ist Ihre Partei, die billigere Nahrungsmittel für unsere Konsumenten in der Schweiz möchte.

Meinen privaten Wasserverbrauch könnte ich durchaus mit diesem Solidaritätsrappen verteuern. Sie sehen aber auch, was zurzeit passiert und wie wenig es braucht, damit alle wegen des günstigen Eurokurses zu unserem deutschen Nachbarn rennen, um billiger einzukaufen.

Diese Motion ist ein rein populistisches Anliegen und versucht Geld für eine falsche Solidarität einzutreiben. Das Geld von den Tieren, die Wasser trinken - und sie trinken viel mehr Wasser wie Menschen - brauchen wir, um unsere Produktion zu bezahlen und nicht dazu, um solidarisch mit anderen Menschen in anderen Ländern zu sein. Aus diesem Grund müssen wir die Motion ablehnen. "

Erwin Sutter (EDU)

Votum

"Es ist sicher positiv, darüber nachzudenken, dass es auf dieser Welt Menschen gibt, die nicht wie wir über sauberes Trinkwasser verfügen. Wir haben gehört, dass mit dem vorgeschlagenen Solidaritätsrappen ein Betrag von rund Fr. 57'000.-- in die Kasse fliessen würde, und damit könnte man gerade einmal ein paar Leute losschicken, um festzustellen, wo man sauberes Trinkwasser am dringendsten benötigt. Und dann verlangt man noch von der Stadt einen Bericht, mit ausführlichen Details über die Verwendung dieses Betrages. Man müsste mindestens 2 oder gar 3 Rappen einsetzen, was dann das Problem einer Trinkwasserverteuerung verursacht, und zwar für ein Produkt, das auf dem Markt bestehen muss. Ich denke, dass ein derart niedriger Solidaritätsbeitrag keine grosse Wirkung zeigen wird. Viele Projekte verlaufen schlecht - dies haben wir heute Abend bereits gehört.

Ich persönlich kenne das Projekt SODIS (Anwendung der solaren Trinkwasserdesinfektion) des Schweizer Wasserforschungsinstituts Eawag. Am Schluss wurde das ganze Projekt begraben, weil die christlichen Helfer wegen Nichtakzeptanz von Seiten der einheimischen muslimischen Bevölkerung das Land verlassen mussten. Zahlreiche andere Wasserprojekte in Afrika sind ebenfalls nicht positiv verlaufen.

Meiner Meinung nach ist *Eigenverantwortung* gefordert. Eigentlich hatte ich vor, heute Abend Einzahlungsscheine zu verteilen. Denn bevor fremdes Geld gesammelt und verteilt wird, sollte jeder aus seinem eigenen Portemonnaie etwas beisteuern. Der Schweizer ist eher spendefreudig und leistet viel Entwicklungshilfe. Das Hauptproblem liegt an der Einstellung der Leute und der Kultur in diesen Ländern. Bevor nicht ein Kulturwechsel stattfindet, hat Entwicklungshilfe kaum Chancen.

Wenn - wie von Stadtpräsident Wenger vorgestellt - die Stadt Geld einsetzen soll, bin ich der Meinung, dass jeder zuerst persönlich Fr. 200.-- spendet oder durch Handarbeit - wie von Florian Hotz ausgeführt - seine Solidarität unter Beweis stellt, bevor fremdes Geld gesammelt wird. "

Kurt Zubler (SP)

Votum

"Durch die vorgängigen Voten sieht man sich direkt aufgefordert, die eigene Spendenbescheinigung in den Rat mitzubringen, um einen individuellen Wettbewerb

durchzuführen und nachzuweisen, dass man tatsächlich persönlich etwas gibt. Dies trifft keineswegs die von Christoph Schlatter vorgeschlagene Stossrichtung.

Für mich ist seine Motion einer der besten und klügsten Vorstösse meiner Ratstätigkeit, und ich möchte, dass Sie diesen intelligenten Vorschlag unterstützen. Damit setzen Sie ein Zeichen der Solidarität und zeigen, dass wir uns bewusst sind, zu den Glücklichen, Reichen und Satten dieser Welt zu gehören und bereit sind, etwas zu unternehmen.

Ich habe ein anderes Verständnis unserer Rolle in diesem Parlament. Es war oft von fremdem Geld oder vom Staat die Rede, der nicht handeln soll. Ich fühle mich als gewählter Volksvertreter, und wenn ich möchte, dass dieser Vorstoss unterstützt wird, tue ich dies im Namen meiner Wählerschaft und als Einwohner der Stadt Schaffhausen. Sie vertreten eine andere Wählerschaft - dies haben Sie heute Abend entsprechend dargelegt.

Es hat auch in anderen Städten funktioniert, man kann auch als Stadt Schaffhausen, als Einwohnerschaft die Bereitschaft signalisieren und Solidarität zeigen. Zu Florian Hotz möchte ich sagen, dass Sie mich schon seit Jahren oder gar Jahrzehnten auf dem Fronwagplatz antreffen können, um Geld für solche Projekte zu sammeln. Meines Erachtens geht es aber heute Abend überhaupt nicht um den von Ihnen in den Raum gestellten Wettbewerb.

Ich bitte Sie um Unterstützung der Motion. Ich kann auch Alfred Tappolet versichern, dass ich kaum in Deutschland einkaufe und viele Leute auf dieser Ratsseite kenne, die üppig auf dem Markt und regional einkaufen - das ist nicht sehr marktwirtschaftlich, aber vielleicht in Ihrem Sinn. “

Christoph Schlatter (SP)

Schlusswort

”Ich möchte kein langes Schlusswort halten. Es wurde bereits alles gesagt. Diejenigen, die mir zugehört haben, haben sicherlich gehört, dass es vor allem um Nachhaltigkeit geht. Ein Grund, weshalb viele Wasserprojekte scheitern, liegt nicht nur in der heute Abend dargelegten Sabotage, sondern hauptsächlich daran, dass die Leute nicht wissen, ob weitere Geldbeträge zu erwarten sind.

Die Förderung von sauberem Trinkwasser, das Bohren von Brunnen hat viel mit Nachhaltigkeit zu tun. Projekte, die positiv verlaufen, sind *nachhaltige* Projekte. Es wäre wirklich Geld zum Fenster hinaus geworfen, wenn wir auf dem Fronwagplatz Geld sammeln würden, damit vielleicht Wasserpumpen angeschafft werden können, die wahrscheinlich nach kurzer Zeit kaputt gehen. Was geschieht danach? Meistens nichts mehr, daher ist Nachhaltigkeit gefragt, in Form des von mir vorgeschlagenen Solidaritätsrappens.

Das Wasser wird nicht 1 Rappen teurer. Die Gemeinden würden zusagen, einen Betrag von Fr. 57'000.-- für ein nachhaltiges Projekt einzusetzen. Damit wird der Wasserpreis pro Kubik nicht verteuert. In Ihrer Argumentation wurden oft Äpfel und Birnen miteinander verwechselt. Was ich besonders stossend finde, und es grenzt für mich an Zynismus, wenn Sie sagen, dass Frau Huser keine Möglichkeit hat, Einfluss darauf zu nehmen, wofür sie ihr Geld einsetzt. Ich habe ebenfalls keinen Einfluss auf die 60 Solidaritätsmilliarden, die aus Steuergeldern, welche auch ich bezahle, berappt werden, und hier unterhalten wir uns über den kleinen Betrag von Fr. 57'000.--; das ist blanker Zynismus. Ich bin wirklich froh, dass diese Zweidrittel

der Menschheit heute unsere Diskussion nicht hören können.

Mit Fr. 10 Mio. könnten 170'000 Menschen lebenslang auf sauberes Trinkwasser zurückgreifen, und jetzt stellen Sie sich vor, was man mit dem Betrag von Fr. 60 Milliarden machen könnte. Hier wäre auch privates Engagement und Eigenverantwortung gefragt, wie von Susanne Günter ausgeführt. Warum sind die Banken nicht bemüht, durch privates Engagement 60 Milliarden zu sammeln?

Meine Ausführungen entsprechen genau der gleichen Argumentation, die Sie vorher ins Feld geführt haben. Es ist für mich blanker Zynismus, wie Sie mit Zweidrittel der Menschheit umgehen. "

ABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat erklärt in der Schlussabstimmung die Motion mit **23 : 18 Stimmen** nicht erheblich.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3 Postulat Florian Hotz (jfsH): Gegen Politikverdrossenheit - Bürgernahe Grosser Stadtrat

Florian Hotz (jfsH)

Begründung

"Das Postulat, das Sie vor sich haben, ist keine weltbewegende Sache. Es geht nicht um eine inhaltliche Frage, sondern darum, wie wir unsere Prozesse im Rat verbessern können. Ziel ist es aber nicht nur, intern effizienter zu werden, sondern damit auch eine gewisse Aussenwirkung für Interessierte am politischen Geschehen zu erzielen.

Wir kennen es in unserem eigenen Job: Immer dann, wenn wir an komplexen Problemen, auch Problemen mit vielen Detailfragen arbeiten, dann laufen wir Gefahr vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr zu sehen. Man muss sich immer wieder fragen: Was ist eigentlich das Grundsätzliche? Welches sind die Stellhebel, die am meisten Wirkung entfalten? Sonst fallen wir aufgrund eines eventuell falsch eingeschätzten kleinen Details mitunter die falsche Entscheidung.

Wir Grossstadträte und -rätinnen haben auch mit diesem Problem zu kämpfen; diejenigen, welche stadträtliche Vorlagen ausarbeiten ebenfalls, die Pressemitglieder haben dieses Problem und auch die Bevölkerung, die sich aus erster Hand orientieren will und ihre Entscheidungen aufgrund der Informationen direkt aus dem Rat treffen möchte. Stadträtliche Vorlagen sind oft komplex, detailbeladen und schwer verständlich.

Um all denjenigen, die am Entscheidungsprozess im Rat teilhaben - sei es als Zuschauer, Ausarbeitende oder Entscheidende, die Arbeit zu vereinfachen - schlage ich deshalb die Schaffung einer Kurzzusammenfassung bei den Vorlagen vor, die eine Orientierung über die wesentlichen Punkte in kurzer Zeit ermöglicht.

Wenn wir diese Kurzzusammenfassung den potentiellen Zuschauern proaktiv - wie im Postulat beschrieben - zugänglich machen, können wir so vielleicht auch den einen oder anderen Zuschauer auf die Tribüne locken. Die Zusammenfassungen sollten aber wirklich entscheidungsorientiert aufbereitet sein, Ausgangslage, Lösungsalternativen, Optionen mit Vor- und Nachteilen beinhalten sowie den

Vorschlag des Stadtrates, nicht aber länger als eine A4-Seite sein.

Was kostet dies, es ist doch ein zusätzlicher Aufwand, werden jetzt einige sagen. Diese Frage wird zu Recht gestellt. Für mich ist dies kein zusätzlicher Aufwand. Wenn man sich als Ausarbeitender immer wieder die groben Zusammenhänge vor Augen führt und sich fragt, worum es eigentlich geht, kann es durchaus sein, dass sehr viel Leerlauf vermieden wird, indem streng zwischen Details und grossen Zusammenhängen getrennt wird. Damit könnte meiner Meinung nach vor allem der Zeitaufwand gesenkt werden, aber Mehraufwand entsteht auf keinen Fall. Es ist allerdings wichtig, dass die zuständige Stelle, die sich mit der Ausarbeitung der Detailvorlage befasst, diese Zusammenfassung ausarbeitet und dass diese nicht von einer Kommunikationsstelle verfasst wird. Das wäre der falsche Weg.

Das sind die Gründe, warum ich Sie bitten möchte, meinem Postulat zuzustimmen. “

Marcel Wenger (Stadtpräsident)

Stellungnahme

”1. Was will das Postulat?

Mit Datum vom 1. Juli 2008 beantragt Grossstadtrat Florian Hotz bei der Erarbeitung von Parlamentsvorlagen die Prüfung der Einführung von eigentlichen „Executive Summaries“, welche in klarer und allgemein verständlicher Sprache die Ausgangslage skizzieren, Lösungsalternativen aufzeigen und die vom Stadtrat bevorzugte Option mit Vor- und Nachteilen beschreiben.

Eine so verfasste Kurzdarstellung der Vorlagen sollte auf Schönrederei verzichten, keine Details enthalten und trotzdem so ausführlich verfasst sein, dass eine informierte Meinungsbildung für die Bürgerinnen und Bürger möglich ist. Sie sollte aber auf einer A-4-Seite Platz finden.

Verfasser der Kurzdarstellung sind in der Regel dieselben Stellen, welche die Detailvorlage ausarbeiten, also – wie könnte es anders sein – die Stadtverwaltung und der Stadtrat. Die Kurzfassung der Vorlagen sollen auch im Vorfeld der Sitzungen des Grossen Stadtrates und an den Sitzungen selber effektiv verbreitet werden, was eine Ausarbeitung für Internet, Medien und die Dokumentationen zur Sitzung selber mit sich bringen wird.

2. Was haben wir heute?

Dem Stadtrat sind Kurzfassungen, oder wie es der Postulant ausdrückt – „Executive Summaries“ – keineswegs unbekannt. Sie sind es auch nicht für die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, denen eine Vorlage des Grossen Stadtrates zum Entscheid an der Urne vorgelegt wird, denn in jeder Broschüre, die der Stadtrat und die Stadtkanzlei im Auftrag des Grossen Stadtrates zur Volksabstimmung vorbereiten, findet sich auf der letzten Seite in geraffter Form eine solche Zusammenfassung. In allen Fällen also, wo das Volk entscheidet, arbeitet der Stadtrat bereits mit diesem Mittel. Um Bürgernähe ist er jedoch nicht nur durch die jeweiligen Kurzfassungen bemüht, sondern er setzt zur besseren Erläuterung der Abstimmungsvorlagen auch Bildmaterial ein nach dem Motto: „Ein Bild sagt mehr als tausend Worte“. Dennoch sind Stadtverwaltung und Stadtrat verpflichtet, möglichst detailgenaue Abstimmungsvorlagen zu unterbreiten, um den im Verwaltungsrecht geltenden Grundsätzen der Nachvollziehbarkeit und der Transparenz der Entscheidungsgrundlagen nachzukommen.

In den Vorlagen an den Grossen Stadtrat wurde bislang auch in jenen Fällen auf eine Kurzdarstellung verzichtet, in welchen der endgültige Entscheid durch das Volk

getroffen werden muss. Erst nach Vorliegen der Beratungen der Spezialkommission und des Entscheides des Grossen Stadtrates wurde im Rahmen der Vorbereitung der Abstimmungsbroschüre der Weg des „Summary“ gewählt.

Ausschlaggebend für diese Lösung war die bisherige Form der parlamentarischen Arbeit, die nach der Behandlung von Vorlagen in Spezial- und Fachkommissionen nicht selten grössere Veränderungen inhaltlicher Art nach sich gezogen hat. Behandelt wurde dann letztlich im Grossen Stadtrat nicht die ursprüngliche Vorlage des Stadtrates sondern diejenige der Spezialkommission. Nicht selten brachte diese durch die SPK veränderte Vorlage eine erheblich vom Stadtrat abweichende Lösung mit sich.

Meist wurden in den jeweiligen Spezialkommissionen gegenüber dem Stadtrat nicht Forderungen nach einer Kurzfassung der stadträtlichen Vorlage gestellt, sondern im Gegenteil die Vorlage umfangreicher Detailabklärungen zu einzelnen Aspekten der ursprünglichen Vorlage verlangt. Die Ausräumung politischer Bedenken und die Überbrückung bestehender Differenzen in den Spezialkommissionen hat so zu Vorlagearbeiten geführt, die – wie der Postulant durchaus zu Recht beobachtet – ganze Bundesordner gefüllt haben.

Ich denke hier mit wenig guten Erinnerungen an die verschiedenen Leidensstationen der WoV-Reform, an die ausführlichsten Abklärungen für die erste stadträtliche und die von der Kommission daraufhin in Auftrag gegebene zweite Verselbständigungsvorlage der Werke und schliesslich nach deren Scheitern an die umfangreiche Vorlage zu „Strategie, Strukturen und Finanzen“ der Werke im öffentlichrechtlichen Gewand. Auch schwer im Kopf wird mir, wenn ich an die vom Grossen Stadtrat per Motion bestellte Pensenvorlage für den Stadtrat denke, die mit 2 x 100% und 3 x 80% harmlos begann, sich dann in der Kommission auf 5 x 100% erhöhte und sich schliesslich dazu die Alternative von 1 x 100% und 4 x 80% gesellte, bis dann der Stadtrat nach deren Scheitern auch noch zur Initiative 3 x 100% Stellung nehmen durfte. Für 3 dieser 4 Varianten sind wir „Kurzfassungs-Spezialisten“.

In fast meinem gesamten Stadtpräsidentendasein habe ich aus dem Grossen Stadtrat immer nur den *Ruf nach mehr Details* gehört. Wenn das Postulat Hotz nun eine Um- und Einkehr bedeuten würde – das können Sie mir glauben – nichts würde mich mehr freuen!

3. Künftige Einsatzmöglichkeiten der Kurzfassung

Es ist Ihnen möglicherweise aufgefallen, dass ich den Anglizismus des „Executive Summary“ durch den umgangssprachlichen Begriff der Kurzfassung ersetzt habe. Dies, um zwischen den Klippen des Vorwurfs der schleichenden Anglizierung einerseits, aber auch der Sandbank des ausufernden Gebrauchs von Beamtendeutsch durchzusegeln. Ich versichere Ihnen: Mit der Kurzfassung ist das Executive Summary oder auch noch präziser das Legislative Summary oder auch das Commission Summary gemeint.

Ernst gemeint sind nun aber die Vorschläge des Stadtrates zur versuchsweisen Umsetzung des Postulates Florian Hotz auf den Beginn der neuen Legislatur, die ja hoffentlich auch eine neue Geschäftsordnung des Grossen Stadtrates mit sich bringt:

- Komplexe Vorlagen des Stadtrates an den Grossen Stadtrat, welche der Volksabstimmung oder dem fakultativen Referendum unterstehen, werden

vom Stadtrat mit einer Kurzfassung zuhanden der Spezialkommissionen oder der neu vorgesehenen Fachkommissionen verabschiedet.

- Vorlagen, welche der Grosse Stadtrat in eigener Kompetenz entscheiden kann, werden vom Stadtrat *direkt als Kurzfassung* vorgelegt. Detailinformationen erfolgen in den Fach- oder Spezialkommissionen.
- Berichte und Änderungsanträge aus den Spezialkommissionen zuhanden des Grossen Stadtrates werden mit einer Kurzfassung eingeleitet.

Mit diesen Vorschlägen will der Stadtrat erreichen, dass auf langfädige Detailerörterungen in den Vorlagen dort verzichtet werden kann, wo der Grosse Stadtrat endgültig entscheidet. Damit werden auch Ressourcen frei, welche Stadtrat und Verwaltung zur Erarbeitung und effektiven Verbreitung der Kurzfassungen bei referendumsfähigen und referendumpflichtigen Geschäften wird einsetzen müssen. Und in diesem Bereich unterscheidet sich die Lagebeurteilung des Stadtrates mutmasslich von derjenigen des Postulanten:

- Die Erfahrung beim Erstellen von Kurzfassungen für die Abstimmungsbroschüren zeigt, dass damit ein erheblicher Mehraufwand verbunden ist. Das Postulat räumt dies übrigens in seinem Text auf Seite 2, 2. Abschnitt selber ein. Eine Zusammenfassung, die keine Details enthalten soll, aber dennoch so ausführlich verfasst ist, „dass eine informierte Meinungsbildung möglich ist“, verlangt wesentlich mehr Denk- und Formulierungsarbeit als eine systematische Darstellung der Entscheidungsgrundlagen und –varianten in ausführlicher Form. Wenn Sie kürzer fassen, müssen Sie mehr denken.
- Dazu kommt, dass wegen des parlamentarischen Betriebs Kurzfassungen nicht nur für Vorlagen aus dem Stadthaus sondern auch für Kommissionsvorlagen erarbeitet werden müssen. Angesichts eines um rund 30% verkleinerten Parlaments wird auch dieser Mehraufwand bei Stadtrat und Verwaltung anfallen, es sei denn, man wolle dafür das neue Ratssekretariat in Anspruch nehmen. Nachdem dieses aber wiederum zum Teil auf Personalressourcen der Stadtkanzlei und des Weibeldienstes basiert, sind für weitere Erkenntnisse erst einmal die Erfahrungen der Umstellung auf die neue Geschäftsordnung und den verkleinerten Grossen Stadtrat abzuwarten. Dies ist der Hauptgrund, weshalb Ihnen der Stadtrat die versuchsweise Umsetzung des Postulats in der oben beschriebenen Form beantragt.
- Ebenso weist der Stadtrat darauf hin, dass es in der Natur der Sache liegt, wenn im Grossen Stadtrat nicht immer spannende, die politischen Grundfesten unseres Staates berührende Themen behandelt werden, welche die Bürgerinnen und Bürger in Scharen auf die Zuschauertribüne strömen lassen: Es sind häufig mit Sach- und Vollzugsvorlagen Stoffe, aus denen eben ein Grossteil der Gemeindepolitik besteht. Der Stadtrat erkennt im Vorschlag des Postulanten zwar durchaus einen prüfenswerten Beitrag zur Belebung des lokalpolitischen Geschehens. Aber er macht darauf aufmerksam, dass er von den Neuerungen der Geschäftsordnung, die eine Abkürzung sich inhaltlich wiederholender Fraktionserklärungen ermöglicht und auch Elemente wie das Strategiegespräch einführt, mindestens ebenso wichtige Beiträge zu einer Verwesentlichung des Parlamentsbetriebs

erwartet.

Und zum Schluss noch die Kurzfassung der Stellungnahme des Stadtrates:

„In der Kürze liegt die Würze“, sagt uns schon des Volkes Mund
doch im Detail liegt begraben nur zu oft so mancher Hund.
Drum sollte man in eignen Sachen
es generell mal kürzer machen.
Es kommt ja doch – und sei man kurz -
von schlechter “Büez” kein guter Furz!

In diesem Sinne beantragt der Stadtrat die Überweisung des Postulats. “

Theresia Derksen (CVP)

Votum

„Kurzdarstellungen sind gut für eine Übersicht – Vorlagen des Stadtrates, Postulate, Motionen und Kleine Anfragen werden in den Medien nicht vollumfänglich publiziert. Die Redaktoren bemühen sich um eine Zusammenfassung, in der die wichtigsten Punkte erwähnt werden und dem Leser meist eine verständliche Information über ein Geschäft geben. Zudem enthalten Vorlagen zur Abstimmung bereits heute jeweils eine Zusammenfassung.

Meist liegen die entscheidungsrelevanten Punkte aber im Detail. Kurzdarstellungen ersparen den Politikern das Lesen von ausführlich dokumentierten Geschäften aber nicht.

Für die politischen Entscheide, respektiv für die Entscheide im Parlament, bleibt das Lesen von ausführlich dokumentierten Vorlagen Pflicht; Kurzinformationen genügen für Entscheide nicht. Entscheidungsträger sollten den Wald, aber auch die verschiedenen Bäume im Wald erkennen. Dem Bürger hingegen kann eine Kurzdarstellung im Internet allenfalls eine Informationshilfe sein. Ich glaube aber nicht, dass damit einer Politikverdrossenheit entgegen gewirkt werden kann.

Wenn der Stadtrat trotzdem noch Nachholbedarf für eine effiziente Information der Bürger sieht, wie das Stadtpräsident Marcel Wenger ausgeführt hat, so lassen wir dies den Stadtrat versuchen und stimmen dem Postulat zu. “

Christian Hablützel (SP)

SP/AL-Fraktionserklärung

„Die **SP/AL-Fraktion** empfiehlt Ihnen dieses Postulat nicht zu überweisen. Ich möchte dies kurz wie folgt begründen: Das Postulat kritisiert den mangelnden Austausch zwischen den gewählten Parlamentariern und den Bürgern, die SP/AL-Fraktion appelliert an die Eigenverantwortung der gewählten Parlamentarier.

Dieser Vorstoss ist ein “Bierdeckel-Schnellschuss”. Die Bemerkung über Vorlagen und damit auch über Nachteile und Vorteile von Lösungsversuchen und -vorschlägen ist die vordringlichste Aufgabe dieses Parlaments. Stadtpräsident Marcel Wenger hat dies mit anderen Worten bereits treffend dargestellt. Zusammenfassungen tragen der Komplexität selten Rechnung; sie sind selektiv und in der Regel tendenziös, vor allem dann, wenn sie von denjenigen verfasst werden, die mit einem Anliegen an die Öffentlichkeit gelangen.

Wir möchten unsere Lernfähigkeit demonstrieren: Ich habe eine Vorlage mit dem

Titel "Verordnung über die Siedlungsentwässerung und Tarifordnung für die Siedlungsentwässerung" auf dem Tisch. Sollte der Postulant den Tatbeweis erbringen können, dass er innerhalb dieser Ratssitzung auf einer A4-Seite ein Summary verfasst, welches vom Parlament akzeptiert und als objektiv bezeichnet wird sowie ausgewogen und der Komplexität Rechnung trägt, sähe ich mich gezwungen, mit meiner Fraktion gründlich zu reden und unsere ablehnende Haltung zu überdenken. "

Urs Tanner (SP)**Votum**

"Ich sage ehrlich, dass mich als Fraktionspräsident leicht geniere, hier im Rat eine andere Meinung zu vertreten als in der Fraktionssitzung. Wenn der Stadtpräsident verspricht, dass sein Votum schon die Vorlage ist, um das Postulat sofort abschreiben zu können, könnte ich mich durchaus bereit erklären, meine Meinung zu "kippen".

Der vom Stadtpräsidenten präsentierte Vorschlag ist bestimmt überdenkenswert. Ich denke, dass der Stadtrat frei ist - ob wir das Postulat überweisen oder nicht. Meine Fraktion und ich sind immer noch dagegen. Aber der Stadtrat ist absolut frei, seinen Vorlagen - analog der Abstimmungsbroschüre - eine A4-Seite beizulegen und diese nach seinem Gutdünken zu gestalten. Die Kurzzusammenfassung der WoV-Vorlage hätte leer ausgesehen und hätte uns einige Sitzungen erspart. Wahrscheinlich behalten die meisten der SP/AL-Fraktion ihre ablehnende Haltung. Zusammenfassungen sind immer gut - sofern diese intelligent gemacht werden. "

Iren Eichenberger (OeBS)**OeBS/EVP-Fraktionserklärung**

"Leider ist unser offizieller Sprecher heute nicht anwesend, und damit ist uns die vernünftige Erklärung abhanden gekommen. Ich werde mich darauf beschränken, einige Gedanken zu äussern, die mir während den Ausführungen von Florian Hotz durch den Kopf gingen.

Meine Frustration bei diesem Traktandum liegt ähnlich wie diejenige von Josef Eugster im vorherigen Vorstoss bezüglich Wasserprojekte. Es gab verschiedene Versuche die Anwesenden zu motivieren, und ich denke dabei an die viel bemühten und bemühenden Fraktionserklärungen, die alle Parteien während vieler Jahre in den Schaffhauser Nachrichten vor den Ratssitzungen publizierten. Es konnte alles detailliert nachgelesen werden, man hätte sich die Ratssitzungen ersparen können. Der Zweck dieser Übung war, damit zu versuchen, die Bürgerinnen und Bürger zu motivieren, an bestimmten Sitzungen teilzunehmen. Fazit: Die Schaffhauser Nachrichten bat uns, auf diese Beiträge zu verzichten.

Was lesen die Leute heute? Am liebsten "20-Minuten", das ist allerdings sehr verkürzt. Die politischen Inhalte beschränken sich auf bescheidenste Schlagzeilen, die wirklich nur andeutungsweise auf eine Problematik hinweisen können. Wesentliche politische Information kann nicht vermittelt werden. Andererseits ist es interessant, dass die meisten Leute informiert sein wollen und keinesfalls auf Information verzichten möchten; sie sind permanent per Handy und per Internet auf Information aus. Hier entsteht für mich ein Widerspruch.

Wer heute den Schaffhauser Bock gelesen hat, konnte einen Beitrag über die Internationale Bodenseekonferenz der Jugend finden, wo unter anderem über Themen wie Politik diskutiert wurde. Eine Arbeitsgruppe hat klar und deutlich die

negative Haltung zum Stimmrechtsalter 16 Jahre geäußert, weil die Thematik für die Jungen zu anspruchsvoll sei, und sie allenfalls nur die Meinung der Eltern vertreten würden - was bei Familie Hotz sicher nie der Falle war. Ich denke, es ist wahrscheinlich eher der Trend. In Österreich - im Vorarlberg - wurde davor gewarnt, dass dies der Grund dafür sein könnte, warum in der Politik die rechtsradikale Richtung derart in Schwung gekommen sei.

Als Letztes möchte ich ein kürzliches Beispiel erwähnen, das den meisten von Ihnen vielleicht auch bekannt ist. Sie haben vielleicht ähnliche Emails oder Telefonanrufe erhalten. Ich erhielt ein Email eines Oberstufenschülers, der die Teilnahme der OeBS an einer Schulveranstaltung wünschte, wo diskutiert werde. Ein konkretes Thema konnte mir der Schüler aber nicht nennen; es gehe hauptsächlich darum, zu erfahren, was bei der OeBS so laufe. Ich kann mir gut vorstellen, dass einige von Ihnen ins Schwitzen geraten würden, wenn Sie erklären müssten, was bei Ihnen so läuft. Dann müssten wir nämlich genau jene mühsamen Themen vorstellen, mit denen wir uns im Rat auseinandersetzen und bei denen die Seiten fehlen. Damit nicht noch die letzte Zuschauerin auf der Tribüne auch wegläuft, schliesse ich jetzt meine Ausführungen. “

Peter Neukomm (SP)**Votum**

”Ich möchte an dieser Stelle weniger zum Postulat sprechen, sondern als Motionär bezüglich Attraktivierung unserer Parlamentsarbeit und als Präsident der SPK Parlamentsreform und nehme Bezug auf den mittleren Teil der Ausführungen unseres Stadtpräsidenten, den ich absolut nicht nachvollziehen kann und als Abwertung der Parlamentsarbeit empfinde.

Ich finde es nicht richtig, wenn Vorlagen dem Parlament nicht mehr im bisherigen Detaillierungsgrad geliefert würden, sondern nur noch den Spezial- oder Fachkommissionen. Dies würde zu einer Zweiklassengesellschaft führen, einem solchen System im Rat geradezu Vorschub leisten und die Fraktionsarbeit erheblich erschweren. Nur noch Kommissionsmitglieder hätten Detailkenntnisse der Vorlagen, und alle anderen müssten sich mit einem Summary begnügen. Wie sollen die übrigen Ratsmitglieder unter diesen Voraussetzungen die richtigen Fragen stellen und sich vertieft mit den Themen beschäftigen? Die Fraktionsarbeit und auch die Ratsarbeit würden damit massiv erschwert, die Arbeit des Stadtrats natürlich erleichtert. Im Hinblick auf die Aufwertung der Parlamentsarbeit haben alle Ratsmitglieder das Anrecht die vollen Details einer Vorlage zu erhalten und nicht nur diejenigen einer Spezialkommission. Ich kann mich deshalb mit diesem Vorschlag nicht anfreunden. “

Edgar Zehnder (SVP)**Votum**

”Der Schwung gefällt mir, der von junger Seite in diesen Saal gekommen ist. Anfänglich hatte ich Mühe mit diesem Postulat, jetzt habe ich mich daran gewöhnt und bin zur Überzeugung gelangt, dass die Grundidee gar nicht so schlecht ist.

Ich habe mich persönlich auch bereits an Vorlagen gestört, die seitenlang auf uns Ratsmitglieder “eindonnern”; dazu kommt noch die Tatsache, dass ich auch noch im Kantonsparlament bin. Vielleicht wäre es doch ganz schön, wenn es eine Zusammenfassung gäbe, dann könnte man sich einen anderen Überblick verschaffen. Ich bin sicher, dass einige Ratsmitglieder gewisse Vorlagen nicht immer detailgenau studieren, wenn sie nicht selbst Mitglied einer Kommission sind. Man

kann sich zu einem späteren Zeitpunkt immer noch einlesen oder mit Fraktionskollegen diskutieren. Diese Möglichkeit fände ich auch für den Ratsbetrieb nicht schlecht.

Ich bitte Florian Hotz darum den letzten Satz des Postulats zu relativieren. Es wäre schade, wenn der Weibel vor der Ratssitzung stapelweise kopieren, im Rat verteilen, nach der Sitzung wieder einsammeln und dann das Kopierte stapelweise ins Altpapier bringen müsste. Das wäre Wasser in den Rhein getragen. “

Werner Schöni (SVP)

Votum

”Kurzfassungen oder kürzere Vorlagen wären mir wirklich ein grosses Anliegen. Ausgehend vom Postulat, finde ich den Schub, den der Stadtpräsident dadurch erhalten würde, mehr als begrüssenswert, und deshalb empfehle ich Ihnen das Postulat zu überweisen. “

Florian Hotz (jfs)

Schlusswort

”Ich mache es kurz, und freue mich, dass wir darüber nachdenken, wie wir in Zukunft zusammenarbeiten könnten. Mit einer Überweisung des Postulats würde diese sehr positive Tendenz noch verstärkt.

Ich habe mich ebenfalls sehr über die tolle Rede und den Schwung vom Stadtpräsidenten gefreut, und ich merke, dass die Fronten nicht so gradlinig wie normalerweise verlaufen, sondern eher im Zickzack. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie dem Postulat zustimmen könnten. “

ABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat erklärt in der Schlussabstimmung das Postulat mit dem Stichentscheid des Ratspräsidenten Thomas Hauser (FDP) mit **21 : 20 Stimmen** erheblich.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 4

Postulat Walter Hotz (FDP): Controlling-Prozesse betreffend periodischer Überprüfung von Gesetzen, Vorschriften, Regelungen, Gebühren und der Bürokratie

Walter Hotz (FDP)

Begründung

”Bitte fassen Sie die Sätze meiner anschliessenden Rede nicht als Giftpfeile auf, aber auch nicht als Liebespfeile, sondern betrachten Sie alles als konstruktive Kritik.

Nach nunmehr über zehnjähriger Ratstätigkeit und am Ende einer Legislatur habe ich mich gefragt, was ich eigentlich in dieser langen Zeit politisch erreicht habe. Die Bilanz insbesondere im Finanzbereich ist für mich ernüchternd.

Der Personalaufwand ist von Fr. 83 Mio. um Fr. 6 Mio. auf Fr. 89 Mio. gestiegen, der Sachaufwand von Fr. 30 Mio. auf Fr. 32 Mio., der Verwaltungsaufwand von Fr. 16 Mio. um Fr. 3 Mio. auf total Fr. 19 Mio.

Die Stadtkanzlei hatte im Jahr 1997 noch einen Aufwand von Fr. 672'000.--, im Jahr 2007 sind es bereits Fr. 1 Mio. und die Soziale Wohlfahrt beläuft sich auf Fr. 17 Mio., 2007 waren es Fr. 30 Mio.

Diese Zahlenspielerei zeigt - und wenn Sie alles mit der Teuerung rechnen - dass die Ausgaben der Stadt Schaffhausen stetig gestiegen sind. Stetig gestiegen sind jedoch auch die Einnahmen, hauptsächlich bei den Gebührenerhebungen durch die Stadtverwaltung. Das jüngste krasse Beispiel ist der Beschluss des Stadtrates zur Anhebung der Liegeplatzgebühren von Fr. 240.-- auf Fr. 480.--. Makaber ist dann noch der Satz in der Ankündigung an die Mieter: "Dies mag auf den ersten Blick hoch erscheinen" Da kann ich nur hinzufügen, auch auf den zweiten Blick.

Doch man kann auch Erfreuliches feststellen, und man muss den Stadtrat sicher auch dafür loben, denn es ist ihm gelungen, die ungedeckten Schulden von rund Fr. 56 Mio. im Jahr 1997 auf Fr. 47 Mio. zu reduzieren. Ein kleiner Wermutstropfen, im Budget 2009 musste eine Darlehensaufnahme von Fr. 17 Mio. budgetiert werden.

Erfreulich auch ist die Entwicklung des Steuerfusses, der von 112 Punkten im Jahr 1998 auf 98 Punkte im Jahr 2008 reduziert werden konnte; dies, dank der sehr erfreulichen Steuereinnahmen in den letzten Jahren, Einnahmen, die von der Wirtschaft erarbeitet worden sind.

Meine eingangs gestellte Frage, ob ich als Grossstadtrat in den letzten zehn Jahren etwas erreicht habe, ist falsch formuliert. Die Frage muss lauten: Wie ist es der Stadt Schaffhausen im Jahr 1997 gegangen und geht es ihr heute besser? Die Beantwortung dieser Fragen ist für beide Seiten schwierig. Der Stadtrat sagt, wenn das Parlament nur wollte, wäre alles besser - wir Parlamentarier sagen, der Stadtrat will nicht, darum werde es auch nicht besser.

Eines müssen Sie mir glauben, die Kosten- und Leistungsrechnung der städtischen Verwaltung muss effektiver und effizienter werden, insbesondere darum, weil die finanziellen Ressourcen, die politisch aktuelle Diskussion um die Privatisierung und Ausgliederung der öffentlichen Aufgabenerfüllung und die damit zusammenhängende Frage nach der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung, der Wertewandel der Bürger in Richtung mehr staatliche Leistungen zu geringeren Kosten, der zunehmende Druck der Öffentlichkeit nach mehr Transparenz des Verwaltungshandelns und nicht zuletzt der prozessorientierte Aufbau der Controlling-Systeme dringend den Einsatz moderner Managementmethoden erfordern.

Es ist daher höchste Zeit, das klassische Instrument der Unternehmungsführung, nämlich die Kosten- und Leistungsrechnung, auch für die öffentliche Verwaltung nutzbar zu machen. Geht man davon aus, dass die Entscheidungsträger im administrativen System zur Wahrnehmung ihrer Funktionen Informationen benötigen, so liegt die Überlegung nahe, eine Organisationsstruktur zu konstruieren, die in der Lage ist, die unterschiedlichen Informationsbedürfnisse aus allen Stufen einzuholen.

Mit meinem Postulat möchte ich erreichen, dass der Stadtrat sich Überlegungen macht, wie er das Know how der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Optimierung der Arbeit noch besser nutzen kann und für das Eliminieren unnützer Bürokratie und Leerläufe eingesetzt werden könnte.

Verwaltungsreformen werden häufig von den Verantwortlichen via Medien gross angekündigt. Damit verbunden ist die Hoffnung, die Schienen für eine erfolgreiche

Umsetzung zu legen. Die Praxis zeigt häufig jedoch ein anderes Bild. Geplante Reformen werden nicht oder nur teilweise umgesetzt – ich erinnere daran, dass der Stadtrat von 30 Abteilungen auf 12 Bereichsleitungen reduzieren wollte, heute haben wir 16 – beziehungsweise realisierte Reformen stimmen nicht mit den Programmen überein.

Wenn Sie nämlich die vielen ins Leben gerufenen Programme - wie zum Beispiel Massnahmepläne zur Entlastung des Staatshaushalts, Investitionsprogramme, Finanzpläne, Legislatorschwerpunkte, Perspektiven, Lösungsstrategien, Klausurtagungen und Arbeitstagungen – einer Überprüfung des Umsetzungserfolges unterziehen, zeigt es sich, dass der Stadtrat viel zu viel will und die Beurteilung der Ergebnisse seiner Reformvorhaben wenig interessiert. Vielfach fehlt auch das Wissen um die entsprechenden Methoden bei der Verwaltung.

Es geht mir darum, dass der Stadtrat versuchen sollte diesem Mangel entgegen zu wirken, indem die methodischen Grundlagen zusammen mit dem Personal vereinfacht werden. Dazu gehören, wie ich es in meinem Postulat schreibe, eben auch unnötige Gesetze und Regelungen. Ich weiss, dass das Controlling in Politik und öffentlicher Verwaltung gegenwärtig Hochkonjunktur hat. Immer mehr Politiker auf allen Ebenen beschliessen die Einführung von Controlling; aber ich bin überzeugt, wenn es dem Stadtrat gelingt, einfache Geschäftsprozesse umzusetzen, so werden wir in Zukunft keine derartige Zunahme der Ausgaben mehr haben.

Es würde mich freuen, wenn Sie mein Postulat überweisen und der Stadtrat ebenfalls Hand dazu bietet. “

Marcel Wenger (Stadtpräsident)

Stellungnahme

”Ich kürze meine Ausführungen sehr stark ab und bitte Sie angesichts der fortgeschrittenen Zeit um Verständnis.

Sie haben die Begründung von Walter Hotz gehört; diese ist gegenüber der schriftlichen Begründung eine sehr abweichende. Ich freue mich darüber, dass Walter Hotz auch gewisse Fortschritte, die während der Legislatur in den Jahren von 2000 bis heute erzielt wurden, erwähnt hat. Deshalb verzichte ich auf eine Wiederholung der Ausführungen.

Zunächst ist festzuhalten, dass das vom Postulanten angesprochene Controlling als gesamter Prozess der Zielfestlegung, Planung und Steuerung im leistungswirtschaftlichen Bereich verstanden werden muss. Als solches ist es eine Aufgabe der Führungskräfte, die für die Ergebnisse der einzelnen Verwaltungsbereiche verantwortlich sind.

Walter Hotz verlangt mit diesem Postulat ganz allgemein ein Controlling von Leistungen, nicht nur von Zahlen und Abrechnungen; dies im Gegensatz zum heutigen klassischen Rechnungslegungsmodell, welches lediglich eine Kontrollfunktion für Ergebnisse zum Inhalt hat. Insofern könnte sich der Stadtrat über den Gesinnungswandel des Postulanten freuen, denn dieser war vor rund neun Monaten anlässlich der Behandlung der WoV-Vorlage durch den Grossen Stadtrat am 18. September 2007 noch vollständig anderer Meinung. Die WoV-Vorlage war in gewisser Weise eine Art der Kontrolle der Leistungen und des Outputs des Stadtrates. Der Stadtrat sähe im Postulat gerne einen zurückhaltenden Versuch, den Auftrag zu mehr Leitungstransparenz wieder aufnehmen zu dürfen. Wir sind der

Meinung, dass die Begründung diese Hoffnung unterstützt.

Den Vorwurf, die Regelungsdichte steige permanent an, können wir jedoch nicht gelten lassen.

Die geltenden Rechtserlasse der Stadt Schaffhausen sind seit September 2005 im Internet verfügbar. Im Rahmen der Bereitstellung in elektronischer Form werden die Erlasse regelmässig überprüft und systematisiert. Jeweils per Jahresanfang wird das systematische Register der gültigen Erlasse aktualisiert und neu herausgegeben.

Eine Würdigung der Gesamtsicht der städtischen Erlasssammlung per 1. Januar 2008 ergibt die Gesamtzahl von rund 170 Erlassen. Darin enthalten sind von der Verfassung über Vollzugsvorschriften, Verordnungen, Reglemente und Tarife bis zu Vereinbarungen und Verträgen alle relevanten städtischen Erlasse. Über die dreieinhalb Jahre seit Einführung der elektronisierten städtischen Erlasssammlungen fand im Übrigen trotz insgesamt 114 notwendigen Veränderungen von Erlassen über alles gerechnet kein Zuwachs an Vorschriften statt. Bei 85 Anpassungen, 13 neuen Erlassen und der Aufhebung von gar 16 bestehenden kann man sogar von einer leichten Abnahme der Erlasszahl sprechen, obwohl natürlich viele Vollzugsvorschriften des Kantons ins städtische Recht übernommen werden mussten, beispielsweise aus dem Personalbereich. Hier müssen wir verordnen, ob wir wollen oder nicht, und die Regelungsdichte steigt in dem Ausmass an, in dem Bund und Kantone als vorgelagerte Regulierungsinstrumente Vorschriften erlassen. Hier kommt der Postulant zu Unrecht zum Schluss, die Bürokratie in der städtischen Verwaltung treibe Blüten; damit ist der Stadtrat nicht einverstanden.

Mit einer weiteren Behauptung des Postulanten, dass - gegenüber den kantonalen Personalkosten mit 27,3% - die städtischen Personalkosten mit 42% der Gesamtausgaben zu hoch seien, ist der Stadtrat ebenfalls nicht einverstanden.

Dieser auf den ersten Blick süffige Vergleich zwischen den kantonalen und städtischen Personalkosten gibt dem Stadtrat Gelegenheit, darauf hinzuweisen, dass Kanton und Stadt nicht nur unterschiedliche Aufgaben zu erfüllen haben, sondern auch unterschiedliche Rechnungslegungen aufweisen.

In der kantonalen Rechnung 2007 ist dies besonders gut erkennbar: In der Sachgruppe 36 werden zum Beispiel Fr. 225 Mio. als so genannte "Eigene Beiträge" ausgewiesen. Sie machen 38% des kantonalen Gesamtaufwandes aus und haben hauptsächlich Ausgaben im Bereich des verselbständigten Spitals zum Inhalt. Ein markanter Anteil der Personalkosten des Kantons wird auf diese Weise als "Eigene Beiträge" aufgeführt (weil es verselbständigte Einrichtungen sind) und ist deshalb, nicht wie in der Stadt, direkt als Personalkosten zu identifizieren. Dafür müsste man in die Spitalrechnung einsteigen, was der Stadtrat dem Grossen Stadtrat heute nicht zumuten möchte. Beiträge des Kantons an personalkostenintensive verselbständigte Einrichtungen, wie zum Beispiel die Sonderschulung, die Handelsschule des kaufmännischen Vereins, die Gebäudeversicherung und weitere Elemente dokumentieren das völlig anders gelagerte Rechnungslegungsmodell des Kantons. Daher können die Personalkosten von Stadt und Kanton keinesfalls "eins zu eins" miteinander verglichen werden.

Zu guter Letzt erinnert der Stadtrat an eine Diskussion, die mit dem Voranschlag 2005 im Herbst 2004 geführt wurde: Die von der damaligen Exekutive beantragte generelle Lohnreduktion von 1% zur Entlastung des aktuellen und künftiger Stadthaushalte wurde damals vom Grossen Stadtrat mit deutlichem Mehr und unter

freundlicher Mitwirkung eines grossen Teils der Fraktion des Postulanten abgelehnt. Aus diesem Vorschlag hätte sich eine wiederkehrende Entlastung des Budgets in der Höhe von einer Million Franken ergeben, was die Situation der Stadt in der vergangenen Legislatur um insgesamt Fr. 4 Mio. verbessert hätte. Die ungedeckte Schuld hätte sich damit auf ungefähr Fr. 43 Mio. (anstatt Fr. 47 Mio.) verbessert.

Zusammenfassend formuliert Walter Hotz dem Stadtrat in seinem Postulat folgende drei Kernanliegen, die von einem Controllingprozess überlagert werden:

1. Know how-Nutzung zur Arbeitsoptimierung und gegen unnütze Bürokratie und Leerläufe
2. Ortung und Meldung unnötiger Vorschriften
3. Schaffung von Prämien zur Optimierung der Regelungsdichte und der Arbeitsabläufe

Der Stadtrat stellt fest, dass das Know how der Mitarbeitenden im operativen Geschäft täglich zu Gunsten der Öffentlichkeit eingebracht und genutzt wird. Selbstverständlich sind Verbesserungen im Sinne eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses immer nötig und fliessen - oft von den Leistungsempfängern unbemerkt - automatisch ins Tagesgeschäft ein.

Im Rahmen der Vorschriften des städtischen Personalreglements Artikel 22 können alle Mitarbeitenden der Stadt jederzeit konkrete Verbesserungsvorschläge in ihren Abteilungen oder Bereichen einbringen (zu finden ist dies in der elektronischen Erlasssammlung). Zudem hat der Stadtrat mit der Auslösung des Projekts "OPTI" und der Aufrechterhaltung des dem Grossen Stadtrat beantragten allgemeinen Prämienwesens zusätzliche Innovationsanreize geschaffen, die im Sinne einer Daueraufgabe auch für die Legislaturperiode 2009 - 2012 hohe Priorität haben werden.

In diesem Sinne könnte sich der Stadtrat die Schaffung eines Anreizsystems vorstellen, das Mitarbeitende, die Verbesserungen umgesetzt haben oder beantragen noch stärker als bisher für innovative Impulse belohnt werden können. Im Rahmen der neu zu setzenden Legislaturziele wäre der Stadtrat bereit, ein solches Anreizsystem zu prüfen und darüber im Rahmen dieser Legislaturziele Bericht zu erstatten.

Da wir uns zum heutigen Zeitpunkt quasi in eine Übergangsphase zu neu besetzten Exekutivämtern und zu einem neu bestellten kleineren Parlament befinden, würden wir heute im Bereich des Controlling und der grossen Reformvorhaben etwas beschliessen, was andere vollziehen müssen. Aus dieser Situation verzichtet der Stadtrat auf einen formellen Antrag an den Grossen Stadtrat und signalisiert ihm aus seiner heutigen Sicht die Bereitschaft, sich nicht gegen das Postulat zu wehren, sondern es zu bearbeiten. Der Stadtrat stellt Ihnen natürlich frei, sich für oder gegen eine Erheblicherklärung auszusprechen. "

Bernhard Egli (OeBS)

OeBS/EVP-Fraktionserklärung

"Ich beginne mit einem kurzen Zitat aus dem Postulatstext: "Verwaltungen haben die Tendenz, mit den Jahren Speck anzusetzen. Dies ist auch bei der städtischen Verwaltung der Stadt Schaffhausen feststellbar. "

Diese Ansicht des Postulanten teile ich nicht. Es ist ja nicht die Aufgabe der

Verwaltung, Gesetze und Verordnungen aufzubauen; ganz im Gegenteil, dies ist Aufgabe des Parlaments. Das heisst Parlamente haben die Tendenz, immer neue Themen, Aufgaben und Regeln zu fordern, welche dann von Regierung und Verwaltung mehr oder weniger brav umgesetzt werden.

Die Regeldichte zu übergreifen und zu optimieren ist eine hehre Pflicht guter Regierungen und Parlamente. Wir haben uns mit der Ablehnung von WoV leider ein gutes Instrument verbaut.

Was im Postulat auf Seite 2 im 2. Punkt gefordert wird, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzuladen, beispielsweise unnötige Gesetze und Regelungen zu melden, steht völlig quer in der politischen Landschaft. Das Parlament veranlasst die vom Volk zu genehmigenden Gesetze und fordert hinterher die Verwaltung auf, uns unnötige Gesetze zu melden? Dies wirkt völlig grotesk und lächerlich.

Die **OeBS/EVP-Fraktion** kann mit diesem Postulat nichts anfangen. “

Alfred Zollinger (SVP)

Votum

”Es gibt durchaus Bereiche in Stadt und Kanton, die miteinander vergleichbar sind; dieses Thema werden wir in der GPK gemeinsam diskutieren. Ich möchte auf eine Beilage zu den Budgetunterlagen hinweisen, nämlich auf den Zwischenbericht Projekt Optimierungspotential (OPTI) vom 02.09.08. Auf der letzten Seite ist ein Bild mit folgendem Text: “Reifes ernten, Schwieriges anpacken, Verborgenes finden - Ein Dauerauftrag unserer Verwaltung”. Dahinter kann ich voll und ganz stehen.

Es ist ein Dauerauftrag jedes Vorgesetzten und Mitarbeiters zu überlegen, was alles gemacht werden könnte. Ich empfinde den Bericht als äusserst schöne Wort mit äusserst schwacher Information, für mich nichts sagend, ein Versteckspiel, ein notwendiges Übel oder man will sich hinter diesen sieben Seiten verschanzen; eine Kurzfassung hätte meines Erachtens absolut genügt.

Als ich dieses Postulat im Juli erhielt, war ich noch dagegen. Nach Erhalt des Zwischenberichts OPTI muss ich aber sagen, es ist wirklich allerhöchste Zeit zum Handeln, dass der Stadtrat beauftragt wird, uns etwas vorzubringen. Das Budget 2009 lässt grüssen. Wir werden in rund vier Wochen darüber diskutieren. Die SVP wird mithelfen, dieses Postulat zu überweisen, und ich bin überzeugt, dass der neu zusammengesetzte Stadtrat damit bereits ein erstes wichtiges Traktandum für seine Klausurtagung hat. “

Florian Hotz (jfs)

Votum

”Ich möchte ganz kurz etwas zum Postulat ergänzen, und zwar weil ich das Postulat gut finde - und nicht, weil es von meinem Vater stammt.

Wenn alles weggelassen wird, was mit Ideologien oder grundsätzlich unterschiedlichen Vorstellungen wie der Staat funktionieren soll, zu tun hat, geht es vor allem darum zu sagen, dass die Mitarbeiter am besten wissen, wie Staat, Verwaltung und Gesetze funktionieren, weil sie in ihrer Arbeit tagtäglich damit konfrontiert sind und sich damit auseinandersetzen.

Es geht darum, Anreize zu schaffen und dieses Wissen, das allenfalls zu wenig genutzt wird, zu nutzen. Das ist ein grunddemokratisches Anliegen und eine

Anreicherung dessen ist, was unsere Mitarbeiter in der Verwaltung leisten. Es ist nicht so, dass alles von "oben nach unten" gesteuert wird; das Wissen ist "unten", wir müssen es uns nutzbar machen, das ist das Hauptanliegen dieses wirklich guten Postulats. "

Walter Hotz (FDP)

Der Postulant verzichtet auf ein Schlusswort.

Schlusswort**ABSTIMMUNG**

Der Grosse Stadtrat erklärt in der Schlussabstimmung das Postulat mit **20 : 19 Stimmen** erheblich.

Das Geschäft ist erledigt.

SCHLUSSWORT

Zusammensetzung der SPK VdSR Erhalt und Ausbau des Trolleybusnetzes:

SP/AL-Fraktion	Andres Bächtold, Urs Furer, Michael Gurrath, Hanna Meister, Christoph Schlatter
OeBS/EVP-Fraktion	Dr. Paul Bösch, Alfons Cadario
FDP/jfsh-Fraktion	Martin Egger, Florian Hotz, Dr. Raphaël Rohner
SVP/JSVP/EDU-Fraktion	Paul Dill, Erwin Sutter, Alfred Zollinger

Erste Sitzung: Donnerstag, 4. Dezember 2008, 18.15 Uhr

Die Fraktionspräsidentenkonferenz wird vor der letzten Ratssitzung am 16. Dezember 2008, um 15.30 Uhr, im Kassazimmer, stattfinden.

Die nächste Ratssitzung findet am Dienstag, 11. November 2008, um 17.00 Uhr statt.

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um 19:45 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring-Hirt

